

Die „Vorwärts“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Druck stehen die für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Russland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 46 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin O 2, Breite Straße 69.

Die achtspaltigen Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das letzte Heft des Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Bezüge in Wort-Anzeigen: das letzte Heft des Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

# STREIF

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Der 4. August 1914

##### Wie die alte Sozialdemokratie zusammenbrach

E. P. Die Regie hatte Ende Juli und Anfang August glänzend gearebeitet; fast das ganze deutsche Volk war der Kriegspolizei verfallen und auch die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteiführer wurde von dem patriotischen Taumel ergriffen. Selbst solche Leute, von denen man sich nach ihrer Vergangenheit in der Arbeiterbewegung einer ernstlichen Einsicht hätte versehen können, nahmen das unsinnigste Zeug gläubig hin. Man erinnere sich, welche Rolle selbst in amtlichen Dokumenten neben den Tausenden von Spionen, den durch Deutschland rasenden Gelbautomobilen, den Brunnenvergiftungen im Elb- und Ostseegebiet, den Kriegerbomben, die auf bayerische Eisenbahnen und Städte noch vor dem Kriegsausbruch abgeworfen worden seien. In dieser Stimmung erregte es kaum Aufsehen, daß die deutsche Heere in das neutrale Belgien einmarschierte, bevor noch der Krieg erklärt war. Es verschlug bei der Mehrheit der Reichstagsfraktion auch nicht, daß ihre Haltung in der Widerpart mit den Beschlüssen der deutschen Parteitage und der internationalen Sozialistenkongresse stand.

Aber diese Beschlüsse waren am 4. August 1914 vergessen. Im Ausland freilich hatte man sie noch im Gedächtnis und man erwartete auch ganz allgemein, daß die deutsche Sozialdemokratie sich aufs heftigste gegen die Regierung des Krieges wenden und selbstverständlich die Kriegskredite ablehnen würde. Deshalb stießen die alarmierenden Meldungen, die über die Vorgänge in dem nach Ausbruch des Krieges von der Außenwelt abgegrenzten deutschen Reich im Auslande umliefen, überall auf Glauben. Man erzählte sich, daß die deutsche Militärbehörde Dutzende von sozialdemokratischen Abgeordneten und andere Führer der Arbeiterbewegung, an der Spitze Ledebour, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Hugo Haase festhalten habe, und daß gegen die Partei die wütesten Verfolgungen eingeleitet hätten. Am 10. August war dort die Enttäuschung, als man von dem hurrapatrischen Umschwung der Parteiführer erfuhr. So schrieb die „New Yorker Volkszeitung“ am 19. August 1914: „Nach den heute von uns an anderer Stelle veröffentlichten Nachrichten unterliegt es leider keinem Zweifel mehr, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags den fünf Millionen Kriegskredit bewilligte; die Regierung Wilhelms II. hatte also wirklich die ganze Volkswirtschaft hinter sich, als sie zu einem Kriege aufrief, dessen Konsequenzen heute noch gar nicht abzusehen sind.“

Wir haben bereits am 6. August — als die ersten Kabelmeldungen das Zustimmungsvotum unserer deutschen Genossen ankündigten — erklärt, daß wir diese Stellungnahme nicht verstehen können, und nun verleiht uns holländisches Bruderblatt „Het Volk“ genau der gleichen Ansicht Ausdruck. Ja, wir müssen gestehen, daß uns der Wortlaut der holländischen Rede diese Zustimmung der deutschen Reichstagsabgeordneten nur noch unverständlicher macht, weil sie auch nicht das geringste Motiv für die Gesinnungsänderung, welche unzweifelhaft seit dem 25. und 29. Juli — den Tagen der letzten Kriegsproteste — eingetreten war, erkennen läßt.

Denn es ist einfach undenkbar, daß sich unsere Genossen durch das Schredgespenst des russischen Despotismus in ihre unbegreifliche Haltung hineinsetzen ließen. Wußten sie doch nur zu genau, wie geschickt diese deutsche Regierung noch immer ihre Vogel-scheuchen aufzustellen verstand, wenn es sich darum handelte, das scheuende Volk in nationale Begeisterung zu versetzen. Die Septemberwahl von 1887, die Sottentottenwahl, der Chinaschlacht, und nicht zu vergessen die „Emjer Depeschen-Redigierung“, sind einige der Beispiele, die nicht so leicht zu vergessen sind. Ein Krieg gegen Frankreich oder England wäre im höchsten Maße unpopulär gewesen, darum mußte der Umweg über Rußland genommen werden.“

Die „New-Yorker Volkszeitung“ konnte damals über die wirklichen Verhältnisse nicht unterrichtet sein. In der Tat haben im Parteivorstand vor allem die Genossen Hugo Haase und Luise Ziek den Kampf für die sozialdemokratischen Grundzüge geführt, und in der Reichstagsfraktion hatte sich schon zu Beginn des Krieges eine Minderheit von 14 Genossen gebildet, die in entschlossener Opposition gegen die Kriegspolitik der Parteiführer standen. Je weiter der Krieg voranschritt und je deutlicher sein wahrer Sinn wurde, desto größer wurde auch die Opposition in der Fraktion.

Fritz Adler hat den Eindruck, den die Haltung der Parteimehrheit damals im Auslande machte, in der österreichischen Zeitschrift „Der Kampf“ vom Januar 1915 in folgender Weise geschildert:

„Nur wenn man ganz erfährt, wie teuer die deutsche Sozialdemokratie den Genossen des Auslandes war, wie sie geradezu für jeden einzelnen den höchsten Stolz und den Quell der Siegeszuversicht bildete, kann man die psychologische Wirkung der Ereignisse seit Kriegsausbruch verstehen. Schon allein die Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie halt machen mußte, daß nicht mehr ihr Klassenkampf, sondern der Krieg die Weltbühne beherrschte, wirkte — so wenig vorher jemand theoretisch diese Möglichkeit bestritten hätte — plötzlich real geworden, erschütternd. Daß die deutschen Proletarier als Soldaten ihre Pflicht tun werden, konnte man voraussehen, daß aber die deutsche

## Die Truppentransportfrage erledigt

### Der gemeinsame Schritt der Alliierten

Berlin, 3. August.

Die Angelegenheit des Truppentransportes nach Oberschlesien hat nunmehr ihre Erledigung gefunden. Heute mittag erschienen bei dem Reichsminister des Auswärtigen der französische Botschafter, der englische Botschafter und der italienische Geschäftsträger und überreichten ihm nachstehende von drei genannten Vertretern unterzeichnete Note:

Berlin, 3. August.

„Der Botschafter Frankreichs, der Botschafter Englands und der Geschäftsträger Italiens beehren sich im Auftrage ihrer Regierungen, die deutsche Regierung zu ersuchen, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um durch alle möglichen Mittel den Transport alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Oberschlesien in jedem Augenblick nötig machen könnte.“

Es wurde mündlich noch hinzugefügt, daß es sich hierbei nicht um ein Ersuchen handele, schon jetzt Truppen zu befördern, sondern um die grundsätzliche Bereitschaft der deutschen Regierung, dies auf eine spezielle Aufforderung der drei Mächte hin zu tun.

Der Reichsminister des Auswärtigen antwortete, daß dieses Verlangen dem seitens der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunkte entspreche. Er erklärte sich bereit, in diesem Sinne mit dem Reichsverkehrsminister in Verbindung zu treten.

### Eine offiziöse Darstellung

W. T. S. will mit:

Nachdem inzwischen in der Angelegenheit der Truppensendung nach Oberschlesien in der ausländischen Presse Mitteilungen erschienen sind, welche die Zwischenverhandlungen betrafen und nachdem der Wortlaut eines Briefes veröffentlicht wurde, den der Reichsminister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in Berlin gerichtet hatte, sei nochmals in Zusammenhang auf die Entwicklung hingewiesen, welche die Frage des Truppentransportes nach Oberschlesien genommen hat. Bei der Uebergabe der französischen Note vom 16. Juli erhob der französische Botschafter neben anderen Forderungen auch die Forderung, Deutschland solle unverzüglich alle Vorkehrungen treffen, um den Durchtransport einer neuen französischen Division nach Oberschlesien zu fördern. Ehe die deutsche Regierung die französische Note beantwortet hatte, wurde der französische Botschafter am 23. Juli bei dem Minister Rosen erneut vorstellig und verlangte, die deutsche Regierung solle bis zu demselben Abend erklären, ob sie der Forderung bezüglich des Truppentransportes nachkommen wolle.

Arbeiterklasse als Partei plötzlich und in aller Form mit den herrschenden Klassen Waffenstillstand schließen, sich mit ihnen zu gemeinsamer Aktion vereinigen werde, war für Freund und Gegner eine Ueberraschung. Wir haben an dieser Stelle nicht zu untersuchen, ob oder inwieweit dieser Schritt unaußersächlich war, sondern nur seine psychologische Wirkung festzustellen. Sie ergriß die Sozialisten des Auslandes mit gleicher Wucht wie die Deutschlands, obwohl in fast allen Ländern die Partei des Proletariats, oder wenigstens Teile von ihr, den gleichen Weg gegangen waren. Denn daß dies auch in Deutschland geschehen konnte, daß auch die große unbeugsame Sozialdemokratie sich beugen mußte, daß auch die stolze Vorhut der Internationale dem Schicksal nicht entging, das wurde für die Arbeiter der ganzen Welt zum wahren experimentum crucis ihrer Kraft und zum Symbol der historischen Situation.“

Nachdem die Reichstagsfraktion am 3. August ihren Beschluß gefaßt hatte, gaben die Redakteure des „Vorwärts“, des Zentralorgans der Partei, dem Parteivorstand folgende Erklärungen ab, die während des Krieges freilich niemals veröffentlicht worden sind:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat heute, nachdem gestern in einer Fraktionsitzung gegen 14 Stimmen der Beschluß gefaßt worden war, der Regierung die geforderten Kriegskredite zu bewilligen, nicht nur für die Gelegenheitsfrage betreffend die Aenderung des Bank- und Münzgesetzes, das Darlehenslastengesetz, die Zahlungsrückverlängerung für Wechsel und Schecks gestimmt, sondern auch für die von der Regierung zum Zwecke der Kriegsführung verlangten fünf-Milliarden-Kredite. Begründet wird diese Haltung damit, daß jetzt, nachdem nun einmal der Krieg erklärt sei, es sich nicht mehr um die Entscheidung für oder gegen den Krieg handle, sondern um die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.“

Ausschließlich die Rücksicht auf die jetzige gefährliche Lage unserer Partei und die Erhaltung unserer Presse hindert uns, diese Bewilligung der Kriegskreditforderungen im „Vorwärts“ einer öffentlichen Kritik zu unterziehen; doch können wir nicht darauf verzichten, dem Parteivorstand und der Propagandakommission wissen zu lassen, daß wir die Haltung der Fraktion für inkonsequent und in ihren Folgen für parteischädigend halten.

Am Abend des gleichen Tages überreichte die deutsche Regierung zusammen mit der Antwort auf die französische Note vom 16. Juli ein Antwortschreiben des Reichsministers des Auswärtigen, dessen Inhalt der Öffentlichkeit bereits bekannt ist. In diesem Schreiben stellte sich die deutsche Regierung auf den Standpunkt, daß sie bereit sei, den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in jeder Weise nachzukommen, daß sie jedoch zunächst um Mitteilung darüber bitten müsse, ob das Ersuchen der französischen Regierung in diesem Falle im Namen der drei Okkupationsmächte gestellt sei.

Am folgenden Tage, nach Kenntnisaufnahme dieses Briefes, erschien der französische Botschafter beim Reichsminister, der ihn in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen empfing. Herr Laurent erklärte, daß die in dem Brief des Ministers des Auswärtigen gegebene Antwort nicht genüge, und verlangte nochmals eine Erklärung der deutschen Regierung, ob sie auf Ersuchen der französischen Regierung, französische Verstärkungen nach Oberschlesien zu befördern, bereit sei.

Darauf wurde dem französischen Botschafter unter dem 25. n. M. eine schriftliche Antwort erteilt. In dieser erklärte die deutsche Regierung, sie habe es im Hinblick auf die großen Verpflichtungen, welche sie mit ihrer Antwort auf die Forderung der französischen Regierung übernimmt, für ihre Pflicht gehalten, ihrerseits bei den beteiligten Regierungen anzufordern, ob auch diese den Truppentransport nach Oberschlesien verlange. Die deutsche Regierung mache in diesem Schreiben darauf aufmerksam, daß sie diesen Schritt als ein besonderes Zeichen ihrer absoluten Loyalität den Regierungen gegenüber betrachte, welche in Oberschlesien die Okkupationsmacht ausüben, und knüpfte hieran die Hoffnung, daß die französische Regierung die Motive, von denen die deutsche Regierung sich in dieser Frage leiten lassen, verstehen und würdigen werde, da inzwischen die Ansicht ausgesprochen worden war, daß die Entsendung der britischen Verstärkungen nach Oberschlesien im Mai d. J. einen Präzedenzfall für die französische Forderung darstelle, lenke die deutsche Regierung gleichzeitig die Aufmerksamkeit auf die deutsche Note vom 5. Mai d. J., aus der sich zweifellos ergibt, daß die Entsendung der britischen Verstärkungen nach Oberschlesien bei allen beteiligten alliierten Regierungen als gemeinsamer Schritt derselben von der deutschen Regierung beantragt worden sei.

In den auf dieses Schreiben folgenden Tagen wurde der deutschen Regierung bekannt, daß die Frage des Truppentransportes auf der demnächst stattfindenden Tagung des Obersten Rates behandelt und entschieden werden solle. Sie richtete deswegen an den französischen Botschafter ein weiteres Schreiben, in dem sie erneut erklärte, daß sie im Einklang mit ihrer Auffassung über den Truppentransport die Entsendung des Obersten Rates anerkennen werde. Auf diese letzte Mitteilung des deutschen Standpunktes erfolgte der oben bekanntgegebene Schritt der alliierten Regierungen, durch den die Angelegenheit nunmehr ihre Erledigung gefunden hat.

Mit derselben Argumentation, mit der die Fraktionserklärung die Zustimmung zu den fünf-Milliarden-Krediten motiviert, können fast alle Militärforderungen begründet werden. Fast immer kann gesagt werden, daß, nachdem nun einmal von den anderen Parteien neue Heeres- und Flottenverfärbungen bewilligt sind, also nichts mehr an der Vermehrung zu ändern sei, unbedingt die Sicherheit des Vaterlandes und das Eigeninteresse der Mannschaften erfordere, daß sie möglichst gut ausgerüstet und nicht mit unzulänglichen Monturen, Gewehren, Kanonen usw. gegen den Feind geschickt würden. Dazu kommt, daß die Zustimmung einen schweren Schlag für die Internationale bedeute, daß es eine Linderung des Zusammenhanges zwischen den verschiedenen Zweigen der internationalen Arbeiterbewegung bewirke, und daß es die Stellung der deutschen Sozialdemokratie innerhalb dieser Bewegung schwäche; vor allem aber, daß mit der Bewilligung der Kriegskredite die deutsche Sozialdemokratie trotz der Ablehnung solcher Forderung in der Fraktionserklärung eine gewisse Mitverantwortlichkeit für den Krieg und die sich aus ihm ergebenden Folgen übernimmt; eine Verantwortlichkeit, die sich in Zukunft schwer rächen kann.

Berlin, den 4. August 1914.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Cunow, Hilferding, Leib, John, Däumig, Ströbel, Weber, Wermuth, Scholl.

Eine besondere Rolle spielten in jenen Tagen einige Leute, die sich bisher als wackere „Marxisten“ ausgegeben hatten, jetzt aber ihre Vergangenheit vergaßen und nach einigem Zögern den Anschluß an die kriegsbegeisterte Mehrheit fanden. Da war Heinrich Cunow, der selbst noch die Erklärung der „Vorwärts“-Redaktion verfaßt hatte, bald danach aber zu den Sozialpatrioten überging und einer ihrer eifrigsten Vorführer wurde. Dann der „Marxist“ Paul Leusch, der am 3. August gegen die Kriegskreditbewilligung gestimmt und wehklagend ausgerufen hatte, daß die Fraktion die Eingeweide der Internationale bloßgelegt habe. An dem Bujen Rosa Luxemburgs hat er am Abend jenes Tages seinen bitteren Schmerz über die klägliche Haltung der Fraktionsmehrheit ausgedrückt. Nicht lange aber dauerte es, so schrieb er zahllose kriegsbegeisterte Artikel für die

Parteipresse und wälzte dicke Bücher, worin er „marxistisch“ nachwies, daß die Fraktion gar nicht anders habe handeln können. Und schließlich der Radikalfaktion einer, Konrad Haenisch, früherer Jungblattschriftleiter des Parteivorstandes und später preußischer Kultusminister. Einige Zeit schwante er noch, um sich dann mit der ganzen Inbrunst eines Renegaten der durch die augenblicklichen Mehrheitsverhältnisse bestimmten Erkenntnis in die Arme zu werfen. Haenisch hat in seinem Buch „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg“ seine Seelenkämpfe in der damaligen Zeit in folgender Weise geschildert:

„Leicht ist dies Ringen zweier Seelen in der einen Brust wohl keinem von uns geworden. Darf der Autor hier einmal eine gewisse innere Scheu zu überwinden suchen und einen Augenblick von sich selbst reden, und darf er dabei von dem unpersonlichen „Wir“ übergehen in das unmittelbare, von Herzen kommende Ich? Nun, dann möchte ich nur sagen: um alles in der Welt möchte ich jene Tage inneren Kampfes nicht noch einmal durchleben! Dieses drängend heiße Sehnen, sich hineinzustürzen in den gewaltigen Strom der allgemeinen nationalen Hochflut und von der anderen Seite her die furchtbare seelische Angst, diesem Sehnen rückhaltlos zu folgen, der Stimmung ganz sich hinzugeben, die rings um einen herum brauste und brandete, und die, sah man sich ganz tief ins Herz hinein, auch vom eigenen Innern ja längst schon Besitz ergriffen hatte! Diese Angst: wirst du auch nicht zum Halunken an dir selbst und deiner Sache — darfst du auch so fühlen, wie es dir ums Herz ist? Bis dann — ich vergesse den Tag und die Stunde nicht — plötzlich die furchtbare Spannung sich löste, bis man wagte, das zu sein, was man doch war, bis man — allen erstarrten Prinzipien und höchsten Theorien zum Trost — zum ersten Male (zum ersten Male seit fast einem Vierteljahrhundert wieder!) aus vollem Herzen, mit gutem Gewissen und ohne jede Angst, dadurch zum Berräter zu werden, einstimmig durste in den brausenden Sturmgesang: Deutschland, Deutschland über alles!“

Die gleiche patriotische Stimmung kam in der Mehrzahl der sozialdemokratischen Blätter zum Ausdruck. Hemmungslos warfen sie sich der Kriegspolitik in die Arme, die Kriegsbegeisterung tobte sich in ihren Spalten fast noch schlimmer aus als in der bürgerlichen Presse. Der „Wahre Jakob“, das Familienblatt der Partei, brachte am 28. August eine Illustration zu dem Ausspruch Wilhelms II.: „Nun wollen wir sie aber dreschen!“, auf der man mehrere Arbeiter sah, die mit Dreschflegeln auf die „Feinde“ losstürzten. Hausenweise kamen Arbeiterdichter an die Oberfläche, um das Lob des Krieges zu singen. Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Presse war auf das denkbar tiefste Niveau gesunken. Es mußte nicht, daß auf einer Redakteurkonferenz im September die Presse ersucht wurde, eine würdigere Haltung zu bewahren; noch bis ins Jahr 1918 hinein hat die Mehrheit der sozialdemokratischen Blätter den Parolen der Obersten Heeresleitung und der deutschen Regierung willig Folge geleistet.

Und was wurde nicht alles an Leichenschändung verübt, um diese unerhörte Verleumdung aller sozialdemokratischen Grundsätze zu beschönigen und zu verteidigen? Marx, Engels, Lassalle, Wilhelm Liebknecht, August Bebel wurden als Schwurzeugen für die Kreditbewilliger aus den Gräbern gerufen. Ihre Schriften wurden bis in das letzte Gekoch durchstöbert, um aus ihnen Beweise dafür zu holen, daß dieser Krieg ein gerechter Krieg sei, und daß eigentlich nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse ihre heiligsten Güter zu verteidigen habe. Es wäre Zeitverschwendung, wollte man nachprüfen, für welche politischen Situationen die von den Sozialpatrioten hausenweise herangeschleppten Zitate verfaßt worden sind, und ob sie auch auf das von den Imperialisten entseelte Weltmorden paßten; statt dessen mag daran erinnert werden, was August Bebel auf dem Parteitag in Magdeburg in der Voraussicht des kommenden Weltkrieges ausgeführt hat:

„Wir sind jetzt in einer Zeit, wo wir uns auf saule Kompromisse nicht mehr einlassen. Die Klassengegensätze werden immer schärfer, wir marschieren ernstlichen Zeiten entgegen. Wenn es gar dazu kommt, daß 1912 ein europäisches Kriegsgewitter losbricht, dann sollt ihr leben, was wir erleben, und wo wir zu stehen haben: sicherlich ganz wo anders, als man jetzt in Baden steht.“

August Bebel hat sich getäuscht. Die Mehrheit der Parteianstalten ging im Jahre 1914 „nach Baden“, sie verließ die Fahne des Klassenkampfes und folgte dem Kriegsbanner Wilhelms II.; sie verwarf alle Lehren des revolutionären Sozialismus und marschierte unter der Führung der preußischen Generale in den Burgfrieden hinein.

## Ein bürgerlicher Held

Die Rolle Dr. Heims während der Revolution

Der bauernbündlerische Landtagsabgeordnete Karl Gandorfer hat vor einiger Zeit in einer Versammlung in Freising behauptet, Herr Dr. Heim, einer der Führer der Bayerischen Volkspartei, habe sich kurz nach dem Novemberumsturz mitamt seiner Bauernorganisation dem damaligen Ministerpräsidenten Kurt Eisner zur Verfügung gestellt. Herr Dr. Heim hatte nichts eifrigeres zu tun, als diese Behauptung abzuleugnen. Nunmehr erklärt Gandorfer in der „Freien Volkszeitung“, dem Organ des Bauernbundes:

„Was ich in Freising gesagt habe, ist nackte Wahrheit, und ich wiederhole es: Herr Dr. Heim hat kurz nach dem Umsturz im Jahre 1918 den Ministerpräsidenten Eisner telefonisch angerufen und sich sowie seine Genossenschaft der Revolutionsregierung zur Verfügung stellen wollen. Weiter halte ich meine Behauptung aufrecht, daß wenige Tage später Dr. Heim persönlich bei Eisner erschienen ist und diesem mündlich wiederum erklärte, daß er sich und seine Genossenschaft zur Mitarbeit zur Verfügung stelle.“

Herr Dr. Heim steht nicht vereinzelt da. Eine ähnliche Rolle haben während der Revolution gar viele Reaktionäre gespielt, die heute nicht laut genug nach der Wiederkehr der Monarchie rufen können. Wir erinnern z. B. daran, daß bei dem Genossen Breitscheid, als er noch preußischer Volksbeauftragter war, eine ganze Reihe reaktionärer Persönlichkeiten erschienen und ihn um einen Geleitschein baten, damit sie auf Reisen nicht von den Arbeiter- und Soldatenräten belästigt würden. Dabei versicherten sie, daß sie schon längst die Fehler der Revolution insolge dieser Fehler unvermeidbar geworden wäre. Sie rechneten jetzt, so sagten sie, mit den kühlen Tatsachen und hätten sich bereits mit dem neuen Zustand abgefunden.

Fast sämtliche rechtsstehenden Blätter vertraten damals ähnliche Auffassungen. Die „Kreuzzeitung“ löschte ihre Firma „Mit Gott für König und Vaterland!“, andere gaben offen zu, daß durch solche Fehler der Obersten Heeresleitung der Zusammenbruch gekommen sei. Als

dann Roske die reaktionäre Reichswehr auf die Beine gestellt und damit den Reaktionären wieder einen festen Rückhalt gegeben hätte, fanden sie ihren alten Mut wieder. Nun schimpften sie auf alles, was Revolution hieß, und deshalb ist es nicht unangebracht, wenn die Deffentlichkeit zuweilen wieder einmal daran erinnert wird, wie diese Herrschaften dachten, als sie noch Angst hatten.

## Hausdurchsuchung in der Zentrale der B.K.P.D.

Beschlagnahme von Stempeln und Klischees

Das Parteipräsidium teilt mit:

Dem Berliner Parteipräsidium gingen am 3. August 1921 mehrere Mitteilungen des Inhalts zu, daß an genau bezeichneten Stellen (!) des Hauses Rosenthaler Str. 58, woselbst die Zentrale der B. K. P. D. ihren Sitz hat, Waffen versteckt seien. Beamte der Abteilung Ia des Parteipräsidiums nahmen daraufhin sofort eine Durchsuchung des Hauses vor. Waffen wurden nicht gefunden. Man entdeckte aber bei der Durchsuchung zahlreiche, die Zentrale der B. K. P. D. betreffende Material, u. a. amtliche Stempel, amtliche Klischees und amtliche Vordrucke, die zur Beschaffung von falschen Ausweisen dienen. Das Material wurde beschlagnahmt und zum Gegenstand eines Strafverfahrens gemacht.

Es muß abgewartet werden, ob diese Meldung den Tatsachen entspricht. Die Polizei fließt ihre Entdeckung in ein recht mystisches Gewand. Der Vorwand, daß sie ursprünglich nach Waffen habe suchen wollen, soll wohl nur dazu dienen, die Spindel zu decken, die sie auf den Gang gelenkt haben. Wie es heißt, sollen die Mitglieder der Zentrale erklärt haben, daß die aufgefundenen Gegenstände von Spindeln dort versteckt worden seien. Die politische Polizei ist in letzter Zeit wiederholt scharf angegriffen worden. Es wäre immerhin möglich, daß sie zur Ablenkung der Deffentlichkeit einen Coup ins Werk gesetzt hat, der gewissermaßen ihre notorische Unberücksichtigung widerlegen soll.

Eine bürgerliche Lokalcorrespondenz weiß über diesen Vorfall noch zu berichten:

Am gestrigen Mittwochmorgen liefen bei der Abteilung Ia des Parteipräsidiums von verschiedenen Seiten (!!) Meldungen ein, daß in der Geschäftsstelle der Vereinigten Kommunistischen Partei in der Rosenthaler Str. 58 Waffen verborgen seien und es wurden auch bestimmte Plätze bezeichnet, wo Verstecke angelegt seien. Daraufhin begab sich Kriminalkommissar Scherz mit 30 Beamten nach der Rosenthaler Straße, ließ zunächst die Geschäftsräume besichtigen und nahm dann eine Durchsuchung des ganzen Hauses vor, die fast vier Stunden dauerte. Das Personal der B. K. P. D. protestierte gegen die Hausdurchsuchung und weigerte sich, Schränke und Schreibtische zu öffnen, so daß die Beamten gezwungen waren, einige Behälter gewaltsam zu öffnen. Vor allen Dingen sollte verhindert werden, daß die Kriminalbeamten in das sogenannte Abgeordnetenzimmer eindringen, in dem die kommunistischen Abgeordneten Eberlein, Malzahn, Höllein und Kemmel zu arbeiten pflegen. Die genannten Abgeordneten, die sich zu Beginn der Hausdurchsuchung im Reichstag befanden, wurden telefonisch herbeigerufen und verlangten unter Berufung auf ihre Immunität, daß ihre Schränke und Schreibtische unangetastet blieben. Bei den weiteren Nachforschungen drangen die Kriminalbeamten dann in einen Keller des Hauses, wo in einem Schrank, unter anderen Sachen, ein Paket mit Klischees zur Herstellung von amtlichen Personalausweisen (Papierausweisen), sowie die dazu gehörigen amtlichen Stempel und Vordrucke gefunden wurden.

## Die Korbacher in Schlesien

Am Sonntag fand in Breslau eine Bezirkskonferenz der rechtssozialistischen Partei für Mittelschlesien statt. Schölich referierte über die politische Lage und besprach dabei auch die ober-schlesische Frage. Unter Zustimmung der ober-schlesischen Gäste führte er aus, daß die Sozialdemokratie den reaktionären und abenteuerlustigen Selbstschutz geschlossen ablehne. Wenn ein neuer Polenputsch kommen sollte, so sei der Selbstschutz kein geeignetes Mittel zur Abwehr. Der Selbstschutz bedeute für Schlesien eine dauernde reaktionäre Gefahr. Auch die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier seien immer mehr in ein reaktionäres Fahrwasser hineingezogen. Die Freikorps und Arbeitsgemeinschaften müßten endlich aus Schlesien entfernt und aufgelöst werden. Die schlesische Dragesch besähe noch, sie habe Freunde in der Verwaltung, auch der Breslauer Parteipräsident unterstütze sie. Einstimmig wurde dann nachstehende Resolution angenommen:

Die Reichsregierung wird ersucht, unverzüglich Schritte zur Auflösung aller Arbeitsgemeinschaften, wie Korbach, und Ähnliche in Schlesien zu unternehmen, weil diese Arbeitsgemeinschaften eine militärische Organisation und somit eine ernste Gefahr für die öffentliche Ordnung sind.

Diese Arbeitsgemeinschaften tragen einen militärischen Charakter. Sie unterhalten Kuriere, halten militärische Appelle und Flaggenparaden ab, besuchen in geschlossenen Formationen politische Versammlungen und versuchen, sich durch Waffenkäufe zu bewaffnen. Noch bis in die letzten Tage haben Werbungen der Korbachgemeinschaft u. a. stattgefunden und die Führer erklärten den Angeworbenen, daß sie nicht nur Arbeiter, sondern auch Soldaten sind, die dem Vaterland eintreten müssen.

Die Konferenz erwartet ferner von der Reichs- und Staatsregierung, daß sie sich in Schlesien noch aufhaltende Selbstschutz aus dem Reich gleichfalls sobald als möglich abgebaut und die Leute nach ihrer Heimat zurückbefördert werden.

Der Standpunkt, den die Rechtssozialisten jetzt zu den Arbeitsgemeinschaften einnehmen, ist von unserer Partei seit Jahr und Tag vertreten worden. Leider haben wir dabei nicht immer die erforderliche Unterstützung bei den Rechtssozialisten gefunden. Die Regierung aber hat das Fortbestehen der Arbeitsgemeinschaften ganz offenkundig unterstützt, obwohl sie genau darüber unterrichtet ist, daß es sich bei diesen Arbeitsgemeinschaften um illegale militärische Formationen handelt. Wenn die Regierung nicht endlich daran geht, die Arbeitsgemeinschaften sowie überhaupt alle illegalen militärischen Verbände der Reaktion aufzulösen, muß die Arbeiterschaft ihrerseits schnellstens die entsprechenden Gegenorganisationen ins Leben rufen. Nur auf diese Weise kann die Regierung gezwungen werden, sich gegen das Bestehen der Selbstschutzorganisationen zu entscheiden, die den klaren Bestimmungen des Friedensvertrages widersprechen. Was der Reaktion recht ist, muß den Arbeitern billig sein. Gestattet die Regierung das Bestehen reaktionärer militärischer Geheimorganisationen, dann kann sie die militärischen Organisationen der Arbeiter zum Schutze der Republik nicht verbieten.

Zum britischen Gesandten in Angora wurde Thomas Beaumont-Höhler ernannt.

## Mag Holz über Brandler

In dem „Mag Holz-Buch“ der „Aktion“ veröffentlicht Franz Pfemfert einen größeren Beitrag von Holz, betitelt: „Aus meinem Leben“. Unsere Genossen werden sich entsinnen, wie sehr die „Kleine Fahne“ und die übrigen B. K. P. D.-Blätter bemüht waren, Mag Holz propagandistisch für Parteizwecke auszunutzen, nachdem der Brandlerprozeß dafür keine rechte Gelegenheit geboten hatte. Da ist es nun recht interessant, zu lesen, was Holz über die Deutschen der B. K. P. D., die Hedert und Brandler noch heute denkt, denn er hat offenbar darauf Wert gelegt, seine Darlegungen jetzt publiziert zu wissen! Und Pfemfert betont ausdrücklich, sie völlig unverändert wiederzugeben. Holz erzählt seine Erfahrungen während des Rapp-Beutezuges 1920 im Vogtlande:

„Wir waren um jene Zeit und sind noch heute der Ansicht: hätten nicht Hedert, Brandler und Konjorten den in voller Fahrt befindlichen Revolutionswagen dauernd gebremst, dann wäre es nicht möglich gewesen, daß erstens die Arbeiter in Leipzig und Halle, und zweitens die Arbeiter im Ruhrgebiet niedergeschlagen wurden. Die Dinge in Sachen sagen heute günstig, viel günstiger als in irgendeinem anderen Gebiete des Reiches. Aber die Hedert-Brandler begnügen sich nicht nur damit, die revolutionäre Initiative der Massen zu ersticken, sondern sie fördern sogar offenkundig die Pläne der Reaktion. Beweis: Brandler unterschreibt ein paar höheren Offizieren und Regierungsvorstreitern einen Ausweis, der sie berechtigt, ungehindert durch das Operationsgebiet der schlesischen Arbeiterschaft nach Bayern zu reisen, um von dort aus die Maßnahmen zur Niederschüttelung der Arbeiter einzuleiten. Hederts und Brandlers Angst vor der revolutionären Aktion im Vogtlande ging sogar soweit, daß sie in einer Konferenz erklärten, sie hätten nichts dagegen, wenn es der Polizei gelänge, Holz zu fangen und zu beseitigen. Sie waren nur gegen eine demagogische Aktion der Regierung. . . . In einer Konferenz im Schloß zu R., bei der Hedert anwesend war, schloß er meine Unterschrift, indem er meinen Namen unter einen Aufruf setzte, der dazu bestimmt war, der schlesischen Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen. Durch das Gaukelespiel, das die Chemnitzer „Führer“ von Anfang bis zum Ende der Aktion spielten, wurde es der Reaktion leicht, den Kampfwillen der Arbeiter zu brechen.“

Mag Holz schätzt die Situation während des Rapp-Putschs zweifellos nicht richtig ein. Brandler hat er hingegen ganz richtig gezeichnet, das beweist ja auch das feige Verhalten des Moskauer Ehrenvorsitzenden vor Gericht. Und doch spielen sich diese Herrschaften, wenn keine Gefahr für sie besteht, als ultrarevolutionär auf. Wie im Vogtland, so haben sie es auch im Ruhrgebiet getrieben. Sie waren dort gegen die Arbeiterpublik, für das Bielefelder Abkommen, krensten also die Bewegung, um hinterher die Anhängigen des Betrugs zu beschützen.

## Freispruch

### im Frankfurter Kommunistenprozeß

In Frankfurt am Main wurde in den letzten Wochen vor dem Sondergericht des Reichwehrgruppenkommando I ein Prozeß gegen verschiedene Mitglieder der kommunistischen Arbeiterpartei geführt, denen vorgeworfen wurde, die Bildung von illegalen Kampforganisationen betrieben zu haben. Wir haben teilweise über die Prozeßverhandlungen berichtet. Hauptangeklagter war der Redakteur der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ Kunz-Berka. Der Prozeß wurde in Frankfurt am Main geführt, weil die meisten Teilnehmer dort wohnhaft waren. Gestern wurde nun in vorgerückter Nachmittagsstunde das Urteil gefällt. Es lautete für sämtliche Angeklagte auf Freispruch. Der Staatsanwalt hatte gegen Kunz-Berka Gefängnis, gegen einige andere Mitangeklagte sogar Zuchthausstrafe beantragt.

## Dominicus und die Einheitsfront

Nach einer offiziellen Meldung aus Breslau wurde dort in einer Sitzung, die der preußische Minister des Innern, Dominicus, mit Vertretern aller Parteien und der Presse abhielt, die ober-schlesische Frage eingehend erörtert. Es seien alle inner- und außenpolitischen Seiten der ober-schlesischen Frage zur ausführlichen Besprechung gekommen, wobei die gegensätzlichen Auffassungen zum Ausdruck gebracht und begründet wurden. Als Ergebnis habe der Minister am Schluß der Verhandlungen den einmütigen Wunsch der Versammelten festgestellt, daß nach den Erklärungen der Parteien und der Pressevertreter für die bevorstehende schwere Zeit der Entscheidung über Oberschlesien die bestehenden Gegensätze vor dem Gehot der Einigkeit in dieser deutschen Lebensfrage zurückzutreten hätten.

Wir nehmen ohne weiteres an, daß an dieser Besprechung Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht teilgenommen haben. Man soll weniger über die Einigkeit des deutschen Volkes reden, als dafür sorgen, daß in der Gesamtpolitik des Reichs die Interessen der wertvollen Bevölkerung die ihr gebührende Beachtung finden. Gerade Herr Dominicus aber, der zur Einigung aufgerufen hat, bietet uns nur geringe Gewähr dafür, daß in dieser Hinsicht das Notwendige geschieht.

## Einsturz des Rathhausturms in Halle

Halle, 3. August.

Während eines kräftigen Gewitters, das anschuldige Regengüssen brachte, schlug der Blitz an mehreren Stellen ein. Der Turm des Rathauses, der vom Blitz getroffen wurde, stürzte in kurzer Zeit einer Feuerkugel. Obgleich die Feuerwehre sofort zur Stelle war, gelang es nicht, den Turm zu retten; dieser stürzte bald daraufhin auf das Dach des Rathauses. Die Arbeiter nahmen ihren Fortgang. Die Feuerwehre hat die weitere Umklammerung des Feuers verhindert.

Deutsche Ehrung von Miss Jane Addams. Auf Veranlassung des deutschen Roten Kreuzes werden der gegenwärtig in Salzburg weilenden Amerikanerin Jane Addams durch Frau Doro Schreiber zwei Ehrenkreuze überreicht, in denen der Dank um die großen Verdienste ausgesprochen wird, die sich Miss Addams um die Überwindung der Not in Deutschland und das Niederbrennen erworben hat. Die erste Adresse ist dem Reichspräsidenten Ebert, die zweite Adresse von dem Präsidenten und Generalsekretär des deutschen Roten Kreuzes, den Leitern von „Mutter und Kind“ und der „Amerikahilfe“.

Die Sowjetgehandlung in Warschau. Nachdem die Polungfrage, von deren Erledigung Lichtsicherheit die Zukunft des russischen Geländes in Warschau abhängig gemacht hatte, eine Lösung gefunden hat, trifft die russische Sowjetvertretung nunmehr am 3. August in Warschau ein. Sie wird im Hotel de Rome untergebracht werden.

Verständigung zwischen Faschisten und Sozialisten? Offiziell verläutet in Rom: Zwischen Faschisten und Sozialisten gehen die Verständigungsverhandlungen seit voran, während im Lande der Verständigungsgedanke immer fräftiger durchgreift und an vielen Orten schon mit Verbrüderungsfeiern besiegelt worden ist.

# Die Unterstufungskommission

Von Emil Barth.

Nicht dem eigenen Triebe folgend, sondern der Not gehorchend, mühten wir gestern den Anruf wegen der Unterstufung der Gelder der Unterstufungskommission der Berliner Arbeiterschaft zu veröffentlichen. Wir waren dazu gezwungen, da wir gestern feststellen mußten, daß das gesamte Geld, bis auf 250 M., verschwunden war.

Die „Rote Fahne“ schreibt nun in ihrer heutigen Morgenausgabe unter der Überschrift: Eine lampige Verleumdung! und dem Untertitel: Emil Barth und Genossen gegen die Unterstufungskommission der Berliner Arbeiterschaft, einen von Unwahrheiten und Verleumdungen strotzenden Artikel.

Es ist nunmehr notwendig, um aufläuternd und reinigend zu wirken, und um die Betätigung praktischer Solidarität auch in Zukunft zu ermöglichen, der gesamten Arbeiterschaft öffentlich die Wahrheit zu sagen. Das weitere Verschweigen derselben wäre nun nicht mehr wie bisher der Sache dienend.

Es ist ein unliebsames Kapitel, das ausser Acht werden muß. Eine außerordentlich bedauerliche Sache, da auf die Betätigung der Berliner Arbeiterschaft, die bei einer historischen Wende der ganzen Revolutionsgeschichte als bewundernswürdigen und schmerzhaft geschildert werden wird, ein kaum wieder wegzuwuschender Schmutz gestreut wird.

Nach dem Januarheft 1918, als das erste Mal die außerordentlichen Gerichte mühten und in Berlin 130 Jahre Zuchthaus und Gefängnis verhängt wurden, sammelten erst die beiden Parteien, doch mit dem Ergebnis, daß sich in den Betrieben ein wesentlicher Teil vor den Sammlungen auf beiden Seiten drückte.

Aus Solidaritäts- und politischen Gründen mußten aber die Sammlungen so gestaltet werden, daß die Familien der Inhaftierten verhältnismäßig gut unterstufung werden konnten. Darum boten wir alles auf, um zu einer einheitlichen Unterstufungskommission zu kommen. Dies erzwangen wir über die Gewerkschaften hinweg.

Wir von der U. S. P. hatten dann in der Kommission weitläufig die Mehrheit. Ich wurde zum Vorsitzenden, Hagen zum Kassierer, Eder, Ehrhardt und Rose, zwei Genossen der S. P. D. zu Kassierern gewählt. Als Treuhänder wurden Barth, Hagen und Eder bestimmt, aus deren Namen das Bankguthaben angelegt wurde, mit der Maßgabe, daß zwei Unterschriften zur Abhebung von Geldern genügt.

Im August 1918 hielt ich es für notwendig, das Geld von der Bank abzuholen und durch einen andern, für den ein weiterer Bürgel, als sein Konto anlegen zu lassen. Hagen, Eder und ich verständigten uns dahingehend, ohne daß sie erfahren, wo ich das Geld hinbrachte.

Bei der Revision legten wir den Kassierern das Bankbuch vor und erklärten ihnen den Sachverhalt. Beide erklärten nun, daß sie nicht einsehen könnten, wenn ihnen nicht Gemütsruhe gegeben würde, daß das Geld einwandfrei vorhanden sei. Wir verständigten uns dann, daß der eine von ihnen erfahren solle, wo es liegt, wenn er sich verpflichte, auch bei einem evtl. Zeugniszwangsverfahren nichts zu sagen. Damit waren beide einverstanden und Ehrhardt erfuhr dann als einziger, wo das Geld lag.

Bis zum 9. November 1918, solange ich den Vorsitz führte, wurde in der Unterstufungskommission nicht ein einziger Beschluß mit Mehrheit gefaßt, sondern alle Beschlüsse waren, trotz politischer Gegensätzlichkeit, einstimmig.

Nach dem Januarheft 1919 traten die Genossen der S. P. D. aus der Kommission aus. Dieser Austritt erfolgte nicht wegen Differenzen innerhalb der Kommission, sondern einerseits wegen anfechtbarer Beschlüsse bei den Auszahlungen — Bedrohungen und selbst Taktischen solcher, die die Unterstufungskommission brandstifteten — andererseits wegen ihrer politischen Einstellung, da sie die Politik ihrer Partei nicht indirekt durch ihre Tätigkeit in der Unterstufungskommission kritisieren oder gar distanzieren wollten.

Im Jahre 1919 forderte dann die R. P. D., daß ihre einige Mitglieder in der Kommission zugestanden werden sollten. Um die Einheitlichkeit der Sammlungen auch weiterhin zu gewährleisten, wurde dies zugestanden.

Vom Juli 1919 bis Januar 1920 hatte ich, wegen Abwesenheit von Berlin, an keiner Sitzung der Kommission teilgenommen. In der Sitzung im Februar fragte dann Baer Paul Eder, was denn nun mit den 72 000 Mark sei. Eder winkte ab und ich fragte dann, was dies für 72 000 Mark seien. Es stellte sich nun folgendes heraus: Der Vollzugsrat in der Münzstraße hatte ein Druckereunternehmen „Bedruf“ und eine Verlagsgesellschaft „Arbeiterrat“ gegründet. Eder, der sowohl Kassierer des Vollzugsrates wie der Verlagsgesellschaft „Arbeiterrat“ und der Druckerei „Bedruf“ war, hatte von Baer insgesamt für diese Zwecke 72 000 Mark geliehen.

Hiergegen erhob ich nun in der schärfsten Weise Protest und forderte nunmehr: entweder sofortige Zahlung oder die Verpfändung von Wertobjekten, die auf alle Fälle diese Summe decken müßten. Gegen beides erhob Eder Einspruch, da er ersteres nicht könne und letzteres nicht wolle. Nach langer, sehr erregter Debatte wurde dann eine Sitzung mit der Direktion des „Bedruf“ vereinbart.

Dieses Direktorium, bestehend aus Paul Reumann, Heinrich Mahahn und Paul Eder, war dann nach Stundenlangem, oft mehr als sehr erregter Debatte, bereit, einen Schein auszustellen, der der Unterstufungskommission das Eigentumsrecht an den Maschinen des „Bedruf“ zusprach. Doch — wenn — aber.

Das ist eine Geschichte. Die Maschinen des „Bedruf“ sollten verkauft werden. Man handelte schon in Verkaufsverhandlungen. Die ersten 72 000 Mark, die gezahlt werden würden, sollte die Unterstufungskommission erhalten. Wir sagten soweit ja. Aber kein Maschinenanteil darf ohne unser Wissen vertransportiert werden.

Somit wurden wir einig und wurden weiter einig, daß bis spätestens 1. Oktober alles bezahlt sein müsse.

Ich erklärte, daß, wenn dies draußen bekannt werden würde, es in Zukunft mit den Sammlungen Eßig sei und daß, wenn bis 1. Oktober nicht Bezahlung erfolge, ich mich gezwungen sähe, an die Arbeiterschaft zu gehen.

Es kam der 1. Oktober — aber kein Geld.

Erneute Sitzung, in der Eder erklärte: Wir haben unsere Druckereieinrichtung selbstständig an denjenigen verkauft, der uns am meisten bot. Gefaßt hat sie ein Holländer, der 40 000 Mark anbot. (Wir stellen fest, daß zu einer Zeit, wo die gesamte Arbeiterschaft über den Verlauf von Produktionsmitteln an das Ausland mit Recht entrüstet war, der kommunistische „Bedruf“ seine Maschinen, Sechsen usw. nach Holland verkaufte, weil ihm das vorteilhaftester erschien. Red. d. „Freiheit“.) Die zweite Rate soll nunmehr am 15. November und die letzte Rate am 15. Februar 1921 gezahlt werden. Wenn die Zahlungen nicht so erfolgen sollten, dann sei die Anzahlung von 40 000 Mark verfallen. Es sei jedoch nicht daran zu denken, denn die Maschinen würden von dem Käufer abmontiert und in Rufen verpackt, was ja auch schweres Geld koste. Bis zum 15. November würden wir den einen Teil und bis zum 15. Februar den Rest des Geldes erhalten.

Ich stellte fest, daß unsere im Mai getroffene Abmachung, wonach die ersten eingehenden Gelder die Unterstufungskommission erhalten sollte, schon wieder bei den 40 000 Mark Anzahlung

durchbrochen sei. Ich stellte weiter fest, daß man eine erneute Durchbrechung versuchte, indem man von der zweiten Rate am 15. November nur einen Teil der Unterstufungskommission geben wollte. Eder erklärte, daß sie noch andere Verbindlichkeiten zu erfüllen gehabt hätten, und wir doch das Geld nicht unbedingt benötigten, daß er darum so verfahren sei.

Wir wurden uns nunmehr darüber schlüssig, daß bis zum 15. Februar rückgängig die 72 000 Mark an die Unterstufungskommission überwiesen sein müßten, widrigenfalls wir gezwungen wären, die Öffentlichkeit zu treten. Damit erklärte sich Eder einverstanden.

Zwischendurch spielten zwei andere wichtige Vorkommnisse.

In der Abrechnung vom April 1920 betrug unser Bankguthaben über 500 000 Mark und wir wurden uns in der Kommission darüber schlüssig, daß wir, um für zukünftige Zwecke materiell gerüstet zu sein, 300 000 M. der Einnahmen nicht veröffentlichen wollten, um die Sammelneugier nicht zu unterbinden, sondern um sie anzuseuern. Dieser Beschluß wurde als streng vertraulich einstimmig in der Kommission gefaßt.

Die „Freiheit“ war einmal in einer materiellen Verlegenheit dadurch, daß sie vom Bezirksverband Brandenburg die Bezahlung von großen Druckaufträgen zu erhalten hatte, daß aber der Genosse Wolph Hoffmann als Treuhänder der Gelder verreist war und mit der einen Unterschrift von 50 000 Mark nicht abgehoben werden konnten. Der „Freiheit“-Verlag trat an die Unterstufungskommission wegen eines Darlehens heran und wir stellten einen Bürgschaftsscheck dahingehend aus, daß wir bis zu einem gewissen Datum, wo Wolph Hoffmann zurück sein sollte, für diese 50 000 Mark gut sagten. Diese 50 000 Mark wurden dann vom Bezirksverband bezahlt und wir bekamen den Bürgschaftsscheck wieder zurück.

Ein zweites Mal trat die Geschäftsführung der „Freiheit“ an uns heran wegen eines Darlehens von 200 000 Mark, wofür uns die Maschine, die sie kaufte, und die 200 000 M. kostete, verpfändet werden sollte und zwar mit der Maßgabe, daß wir das Geld zurückerhalten könnten, so wie wir es benötigten, nachdem es acht Tage zuvor angefordert sei. In der Unterstufungskommission wurde darüber verhandelt und dieser Antrag wurde abgelehnt. Dies geschah, obwohl die Verzinsung in der „Freiheit“ bedeutend höher gewesen wäre als bei täglicher Verzinsung auf der Bank, und letzten Endes es auch tägliches Geld gewesen wäre. Und zwar wurde es abgelehnt mit der Begründung der kommunistischen Mitglieder, daß die „Freiheit“ ein „konterrevolutionäres“ Organ sei.

Am 13. Februar 1921 kam Baer zu mir und brachte einen Scheck über 72 000 Mark nebst Zinsen und erklärte mir, daß er nun auf die Bank gehe, um diese Summe an unsere Bank zu überweisen. Ich überzeugte mich von der Richtigkeit dieses Schecks und hielt damit die Angelegenheit für erledigt. Ich war froh, daß sie sich so erledigt hatte, ohne daß wir genötigt waren, an die Öffentlichkeit zu treten. (Wo sind diese 72 000 M., die nach der Abhebung des Bankguthabens eingingen, geblieben? Doch nicht etwa dort, wo die bis heute noch nicht nachgewiesenen 144 000 Mark aus der Abrechnung des „Roten Vollzugsrates“ und der 50 000 Mark aus den Sammlungen für die streikenden Angestellten der Metallindustrie spurlos verschwunden sind? Red. d. „Freiheit“.)

Es kam nun der Märzpuß dieses Jahres. Dieser brachte die Gründung der „Roten Hilfe“. Da kam Ende März Baer zu mir und erklärte, daß er gestern geladen gewesen sei zur Zentrale der R. P. D., und daß dort das Anfordern an ihn gestellt wurde, das Geld der Unterstufungskommission der „Roten Hilfe“ zu überweisen. Er habe sich dagegen gestraut und erklärt, das könne er als Person nicht tun, sondern darüber müsse die Unterstufungskommission beschließen. Er könne dies aber der Unterstufungskommission nicht empfehlen. Ich erklärte mich mit seiner Auffassung völlig einverstanden und sagte ihm, er solle umgehend eine Sitzung der Unterstufungskommission einberufen, damit wir zu der Angelegenheit Stellung nehmen könnten. Baer sagte nunmehr, es sei auch notwendig, eine Abrechnung öffentlich zu geben, da ihm von verschiedenen Seiten zuggetragen sei, es bestehe das Gerücht, daß Unterschlagungen in der Unterstufungskommission vorgekommen wären. Ich erklärte ihm, auch das wollen wir in der Sitzung der Unterstufungskommission besprechen, um dann in der am 6. Mai stattfindenden Generalversammlung der Betriebsräte den Kassembereich zu geben. Es fand dann eine Sitzung der Unterstufungskommission, die allerdings schlecht besetzt war, statt, in der beschlossen wurde, daß das Geld der „Roten Hilfe“ nicht zu überweisen sei, und daß der Kassembereich in der Generalversammlung der Betriebsräte gegeben werden solle.

Nach der Generalversammlung der Betriebsräte kam Baer erneut zu mir, um zu erklären, daß die „Rote Hilfe“ beantragt habe, ihr von der Unterstufungskommission 150 000 Mark zu überweisen. Er erklärte mir, daß er mit allen kommunistischen Mitgliedern der Unterstufungskommission Rücksprache genommen habe und sie alle, mit Ausnahme von Leon und ihm, auf dem Standpunkt stehen, daß dies nicht geschehen solle, da die „Rote Hilfe“ ja nicht nur Unterschlagungen an Inhaftierten, sondern auch an Gemeindegeldern zahle. Es solle aber ein offizieller Beschluß gefaßt werden und darnach finde in der Wohnung von Eder, weil derselbe krank sei, am nächsten Tage eine Sitzung der Unterstufungskommission statt.

Als ich am andern Morgen zu Eder kam, standen vor dem Haus einige Genossen und erklärten, daß die Wohnung Eders verpfändet sei. Wir warteten dann noch bis einige Genossen der Kommission hinzukamen und beschlossen dann auf der Straße, daß wir das Ansehen der „Roten Hilfe“, ihr 150 000 Mark zu überweisen, ablehnen. Dieser Beschluß erfolgte einstimmig.

Die Generalversammlung der Betriebsräte am 6. Mai hatte ebenfalls zu der Frage: Unterstufungskommission und „Rote Hilfe“ Stellung genommen und sich auf dem Standpunkt gestellt, daß die Unterstufungskommission der Berliner Arbeiterschaft weiter bestehen, und daß sie paritätisch von den drei Parteien und der Gewerkschaftskommission in die Stärke von sieben Mann besetzt werden solle. In mehreren Sitzungen wurde versucht, die neue Unterstufungskommission zu konstituieren, was stets von den Kommunisten hintertrieben wurde. Sie stellten erneut Anträge auf Verschmelzung mit der „Roten Hilfe“, was alle übrigen ablehnten. In der Sitzung vom 1. August lag dann folgender Vermittlungsvorschlag von mir vor:

1. Die Unterstufungskommission der Berliner Arbeiterschaft bleibt nach wie vor zu ihrem Zweck, Unterstufung der Familien politischer Inhaftierter sowie politischer Flüchtlinge, bestehen.
2. Die „Rote Hilfe“ kann bis zum 30. September 1921 ihre Sammelaktivität in Berlin fortsetzen, hat jedoch für den Wirtschaftsbezirk Berlin am 1. Oktober zu liquidieren, wobei sie an die Unterstufungskommission zu überweisenden Gelder als Reservefonds für die Opfer der Märzaktion 1921 in erster Linie reserviert bleiben.
3. Durch die Unterstufungskommission ist sofort auf die drei sozialistischen Parteien und den A.S.G. dahingehend einzuwirken, daß in allen Orten bzw. Bezirken Deutschlands eine gleichartige Institution wie die Berliner Unterstufungskommission ins Leben gerufen wird, die von den drei Parteien und den Gewerkschaften in ihrer Verwaltung paritätisch zu besetzen sind.
4. Grundätzlich hat jeder Ort bzw. Bezirk sozial praktische Solidarität aufzubringen, daß er seine Opfer selbst zu unterstufen vermag. Nur bei besonderen Fällen, die einzeln zu prä-

fen sind, tritt eine Unterstufung durch andere Bezirke beim. Orte nach jeweilig festzulegenden Grundregeln ein.

5. Sobald diese Institutionen in den einzelnen Orten bzw. Bezirken ins Leben gerufen sind, hat die „Rote Hilfe“ allgemein zu liquidieren, wobei die dann vorhandenen Gelder in erster Linie für die Märzopfer zu verwenden sind.

6. Die Berliner Unterstufungskommission wählt ihren Geschäftsführenden Ausschuss aus 9 Personen und zwar aus 3 Mitgliedern der U.S.P.D. und aus je 2 Mitgliedern der R.P.D., S.P.D. und der Gewerkschaftskommission.

7. Dieser Beschluß der Unterstufungskommission wird der nächsten Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Berlin zur Beschlußfassung und nachdrücklichen Unterstufung vorgelegt.

Die Vertreter der kommunistischen Partei lehnten diesen Vorschlag mit dem Bemerkten ab, daß die alle Unterstufungskommission nach wie vor bestünde und allein über alle diese Fragen wie auch über die Gelder zu entscheiden habe. Die Kommunisten verließen mit dieser Erklärung die Sitzung.

Als sich die Unterstufungskommission nun konstituiert hatte, beschloß sie, daß ich als Treuhänder verpflichtet sei, am andern Morgen nach der Bank zu gehen, um die Gelder soweit zu sperren, daß sie nur mit den Unterschriften der drei Treuhänder abgehoben werden können. — Wie wenig die Kommission politisch vorgekommen war, geht daraus hervor, daß von Seiten der Gewerkschaften Adolf Baer in den Ausschuss der Unterstufungskommission delegiert und er einstimmig von den Anwesenden als Kassierer nominiert wurde, obwohl er in der Sitzung nicht anwesend war.

Am 10. März war nun mein Ersuchen, als ich am 2. August früh auf der Bank erfuhr, daß nur noch 250 Mark auf dem Konto Barth, Hagen, Eder wegen Unterstufungskomitees der Berliner Arbeiterschaft vorhanden seien. Ich überzeugte mich an Hand der Bücher, daß bereits am 18. November 1920 100 000 Mark, am 19. November wiederum 100 000 Mark und am 20. November 175 000 Mark abgehoben waren. Es möge sich jeder objektiv und gerecht urteilende Mensch nun einmal folgende Fragen vorlegen:

Der vorliegende Kassembereich ging bis zum 16. November 1920 und wies ein Bankguthaben von 475 559 Mark auf. Der nächste Kassembereich ging bis zum 15. April 1921. In diesem Kassembereich sind 139 540 Mark von der Bank abgehoben. Es müßte also ein Bestand von 345 929 Mark auf der Bank vorhanden sein. In Wirklichkeit sind nur noch 250 Mark da.

Weiter: Am 15. Februar zeigt mir Baer einen Scheck über 72 000 Mark plus zirka 3000 Mark Zinsen. Bei jeder einzelnen Besprechung erklärte er mir, daß von dem Bankguthaben nicht ein Pfennig herunter käme; dafür stehe er mit seiner ganzen Person und seinem ehrlichen Namen ein. Was mußte und muß ich daraus schließen?

Im November hob man 375 000 Mark ohne mein Wissen ab und verheimlichte es mir, bis ich nach neunmonatiger Disziplinierung es selbst sah. — Die weitere Kassemberechnung geht bis zum 15. April. Liegt da für jeden objektiv Denkenden nicht ebenso wie für mich die Vermutung nahe, daß das Geld nach dem 15. April restlos der „Roten Hilfe“ überwiesen worden ist?

Seit Monaten kamen an mich Dutzende von Anfragen aus den größten Betrieben Berlins, ob auch das Geld der Unterstufungskommission nicht der „Roten Hilfe“ zugewiesen werde, und immer antwortete ich mit einem klaren, von meinem grenzenlosen Vertrauen zu der Ehrlichkeit meiner Kommissionskollegen diktierten „Nein“. Und dann frage ich: Bin ich als Treuhänder gegenüber der Berliner Arbeiterschaft nicht verpflichtet, nunmehr alles zu tun, um das Verfügungsrecht über dieses Geld der gesamten Arbeiterschaft wieder zuzuführen? Bin ich nicht verpflichtet, im Interesse der Familien der Inhaftierten und im Interesse derer, die noch Familien Inhaftierter werden können, dafür zu sorgen, daß restloses Vertrauen bei der Arbeiterschaft insoweit einzieht, daß sie zum Sammeln bereit ist?

Und nun noch eine Frage. Die russische Bevölkerung droht im Glende zu erstarren. Hunger, Pest und Cholera drohen sie auszurotten, und nicht nur ein heiliges Gebot der Menschlichkeit, sondern ein ebenso heiliges Gebot der proletarischen Solidarität erfordert, daß weitgehendst den russischen Arbeitern und Bauern durch Hilfsaktionen unter die Arme gegriffen wird. Aber, zum Teufel noch mal, wie sollen denn Gelder zusammenkommen, wenn gerade diejenigen, die von sich behaupten, am engsten mit Sowjetrußland liiert zu sein, und am meisten für sie übrig zu haben, in einer Welle mit Treu und Glauben herumspringen, daß jede Sammlungsmöglichkeit einfach erschlagen wird?

Wir werden versuchen, schnellstens Klarheit in die ganze Angelegenheit zu bringen, um vor dem Forum der Generalversammlung der Betriebsräte die Angelegenheit so zu erledigen, daß sie zum Wohle der Gesamtheit ausschlagend, Unterstufung für persönliche Zwecke traue ich keinem meiner Kollegen aus der Unterstufungskommission zu. Hier liegt aber eine politische Unterstufung vor, die jedes Vertrauensverhältnis, das auf Treu und Glauben aufgebaut sein muß, mit Stumpf und Stiel ausrottet und es unmöglich macht, in Zukunft bei irgendwelchen Fragen mit der R. P. D. gemeinsam vorzugehen.

## Das Los der Heimkehrer

Zu der in der Nr. 354 der „Freiheit“ veröffentlichten Notiz unter obiger Spitzmarke teilt uns ein ehemaliger Kriegsgefangener den Weg mit, der zur schnellen Erledigung der Anträge führt. Der Einleider, der innerhalb 10 Tagen im Besitze seines Guthabens war, ist folgendermaßen vorgegangen: Er wandte sich wegen seiner rückständigen Lösung an folgende Adressen: War Office, Prisoners of War, Informations Bureau, Embassymen-Annex, London S. W. 1. Von dort erhielt er innerhalb 8 Tagen den Bescheid, daß ihm die betreffende Summe gutgeschrieben sei. Er möge sein Auszahlungsgeheiß an die deutsche Reichsregierung richten, der Kenntnis von diesem Guthaben gegeben worden sei. Mit dieser Antwort ging der Einleider zur Generalkriegsliste (Abil. Kriegsgefangene), Schützenk. 3, und erhielt dort nach zwei Tagen sein Geld ausgeschüttet. Es handelt sich dabei allerdings nur um vorläufige Zahlungen, wegen des Umrechnungsstufus, wie ebenfalls schon in der „Freiheit“ berichtet wurde. Bei der Einzahlung des Geldes sind alle Angaben aufs Genauste zu machen, wie: Gefangenenummernummer, Stammtafelnummer, Tag und Ort der Gefangennahme und das betreffende Regiment, welchem der Gefangene vor seiner Gefangennahme angehört, ebenso ist der genaue Abänder beizufügen.

Wir hoffen, daß durch Beschreiten dieses Weges recht viele Heimkehrer möglichst bald zu den ihnen zustehenden Geldern gelangen.

## Kommunistenbehe in Südflawien

Graz, 3. August.

Die „Lagespost“ meldet aus Belgrad: Auf Grund des Beschlusses über die Auslieferung der kommunistischen Abgeordneten wurden 12 kommunistische Abgeordnete verhaftet. In Esseg veranfaßte die Menge große Kundgebungen gegen die Kommunisten. Das kommunistische Arbeiterheim wurde zerstört. Bei Zusammenstößen auf den Straßen wurde der Präsident des Esseger Arbeiterklubs schwer verundet. Auch aus anderen Orten Kroatiens kommen Nachrichten über Ausschreitungen gegen die Kommunisten.

### Obst

Kochäpfel..... Pfund	70 <sup>00</sup>
Strudeläpfel..... Pfund	3 <sup>00</sup>
Kochbirnen..... Pfund	1 <sup>40</sup>
Tafelbirnen..... Pfund	2 <sup>50</sup>
Gr. blaue Pflaumen..... Pfund	4 <sup>80</sup>
Tomaten rote..... Pfund	1 <sup>75</sup>

### Räucherware — Fische

Büchlinge..... Pfund	3 <sup>80</sup>
Ger. Lachsringe..... Stück	1 <sup>05</sup>
Frischer Kabiau koplos im ganzen..... Pfund	2 <sup>40</sup>
Schellfisch ohne Kopf..... Pfund	2 <sup>40</sup>
Frische grüne Heringe Pfd.	1 <sup>90</sup>
Leb. Spiegelkarpfen..... Pfund	15 <sup>00</sup>

**Aussergewöhnlich preiswert!**  
**Himbeer- u. Kirschsaft**  
 garantiert rein, mit Zucker eingedickt  
 1/2 Flasche ca. 1 Pfund 9<sup>00</sup> 1/2 Flasche ca. 2 Pfund 17<sup>50</sup>

Rindertalg prima, ausgelesen, Pfd.	9 <sup>50</sup>
Kaninchen ohne Kopf u. Füße... Pfd.	3 <sup>90</sup>
Rehblätter.... Pfd.	12 <sup>50</sup>

Corned beef ausgew., Pfd.	7 <sup>20</sup>
Rindfleisch im eigenen Saft... Dose	4 <sup>90</sup>
Junge Tauben Stück von	6 <sup>50</sup> an

### Gemüse

Neue Kartoffeln..... Pfund	75 <sup>00</sup>
Weisskohl..... Pfund	65 <sup>00</sup>
Wirsingkohl..... Pfund	70 <sup>00</sup>
Kohlrabi..... Mandel	95 <sup>00</sup>
Blumenkohl..... Kopf von	1 <sup>75</sup>
Einleggurken..... Pfund	1 <sup>60</sup>

### Fleisch

Schmorfleisch ohne Knochen, gefroren..... Pfund	10 <sup>00</sup>
Rinderkamm und Querrippe gefroren Pfund	6 <sup>00</sup>
Gehacktes Rindfleisch gefroren..... Pfund	9 <sup>00</sup>
Frisches Hammelfleisch..... Pfund	9 <sup>50</sup>
Frische Hammelkeulen..... Pfund	10 <sup>00</sup>
Frischer Kalbskamm..... Pfund	9 <sup>00</sup>
Frische Kalbskeulen..... Pfund	10 <sup>50</sup>
Gesalzene Schnauzen und Ohren ohne Knochen... Pfund	7 <sup>00</sup>

### Wurst — Käse

Rotwurst..... Pfund	11 <sup>00</sup>
Jagdwurst..... Pfund	19 <sup>00</sup>
Bauernmettwurst..... Pfund	16 <sup>00</sup>
Harzer..... Pfund	6 <sup>50</sup>
Briekäse..... Pfund	8 <sup>00</sup>
Edamer..... Pfund	15 <sup>00</sup>

**Marmelade 1<sup>40</sup>**  
 ca. 40% Zucker..... Pfund

**Feiner Portoriko-Tabak** Kräftigschnitt, mild u. bekömmlich, 1-Pfund-Paket **19<sup>50</sup>**

### Theater und Vergnügungen

**Volkshöhle**  
 Sammelredaktion  
 7 1/2 Uhr: **Liebelei**  
 Sum 1. Male  
 Direktion: Max Reinhardt  
**Deutsches Theater**  
 7 1/2 Uhr: **Die Weber**  
 Kammerstücke  
 7 1/2 Uhr: **Der Herr, der die Maulschellen belegt**  
**Großes Schauspielhaus**  
 8 Uhr: **Die Weber**  
 (27. Vorstellung, 6. Abend)

**Lesing - Theater**  
 Direkt.: Viktor Bernaschky  
 7 1/2 Uhr: **Die Ballerina des Königs**  
 (Königin, 8. Abt.)  
**Deutsches Künstler-Theater**  
 7 1/2 Uhr: **Der Herr Verteiliger**  
 (Herr, Gebihr, Kaiser, etc.)  
**Das Casino-Theater**  
 ERÖFFNET  
 seine 21 jährige Spielzeit  
 Freitag, den 12. August

**Berliner Theater:**  
 Täglich 7.30 Uhr  
**DAS MILLARDEN SOUPER**  
**Komödienhaus:**  
 7.30 Uhr:  
**blonde Engel**  
 von Robert Winterberg

**Berliner Brater**  
 7.30 Uhr: **Die Weber**  
 Ringkampf - Konkurrenz  
 Varietè  
**Theater a. Kottbus, Tor**  
 Kottbuser Straße 6.  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
**Elite-Sänger**  
 Neues Repertorium!  
 7.30 - 11 - 1/2, und 4 - 8 Uhr.

**Reizberg - Theater**  
 7 Uhr:  
**Traumulus**  
 mit Albert Bassermann  
**Stranone - Theater**  
 Täglich 8 Uhr:  
**lady Windermeres Fächer**

**Neue Welt**  
 Arnold Scholz  
 Kottbuser Straße 108/114  
 Donnerstag, 4. August  
 Konzert und  
 Spezialitäten-Vorstellung  
 Gedeckter des Solosolisten Harry Stiller  
**Großes Kunst- und Fronten-Fest**  
 am 12. August  
 Ein Ausbruch des Festes  
 ausgeführt vom Fortschrittler  
 G. Mielandt  
 Anfang 5 Uhr um Einlaß 3 Uhr  
 Außerdem: **Großer Ball**

**Kleines Theater**  
 Täglich 8 Uhr:  
**Casanovas Sohn**  
**Walhalla - Theater**  
 7 1/2 Uhr:  
**Die Königin der Luft**  
**Rose - Theater**  
 7 1/2 Uhr:  
**Mein Leopold**

**Das Publikum stimmt mit**  
 unter Leo Dukert  
 Voranzeige:  
 Vom Sonnabend, den  
 6. August ab

**Theater am Kottendorflplatz**  
 7 1/2 Uhr:  
**Der Vetter aus Dingsda**  
**Komische Oper**  
 7 1/2 Uhr:  
**Der fidele Bauer**

**7 1/2 Apollitheater 7 1/2**  
 Friedrichstraße 218  
 Internat. Repertorium  
 1. Oplum - Träume  
 Eine Parodiegeschichte mit  
 24 Damen  
 sowie 10 Sensationen

**Billige Arbeiterstiefel!**  
 gut durchgearbeitet, neu beklebt.  
**Schnürschuhe, Paar Mark 35,-**  
**Schaftstiefel, Paar Mark 50,-**  
 sowie Geschirrsachen und Leder aller Art zu außerordentlich billigen Preisen.  
**Militärmäntel, Röcke u. Hosen**  
 zu feinsten billigen Preisen.  
 Berlin:  
 Eisenauer Str. 11, Laden 4, Franzosenstr. 28, Ecke Potsdamer  
 Brücke, Berlin 17, Köpenicker Straße 138  
 Charlottenburg, Schwanstraße 21  
 Spandau, Charlottenstraße 2, Tel.: Spandau 62 (Hör.-Anschl.)

Voranzeige  
**Karl Radek**  
**Der Weg der Kommunistischen Internationale**  
 (Referat über die Taktik der Kommunistischen Internationale, gehalten auf dem III. Weltkongress, Moskau, Juli 1921)  
 86 Seiten  
 Preis broschürt 1.50 Mk.  
 geb. 6.- Mk.  
 Zu beziehen durch: Verlagsbuchhandlung Carl Hays Nachf., L. Cahnbey, Hamburg VIII und durch alle Buchhandlungen und Auslieferungstellen der V. K. P. D.

**Deutscher Metallarbeiter - Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter  
**Bruno Förster**  
 Eisenbahnstr. 34, am 20. Juli gestorben ist.  
 Ihre seltsam Aedenke!  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, 4. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium, Baum-  
 schulenweg, Riefelstraße statt.  
 Regt Beteiligung er-  
 wartet  
 Die Ortsverwaltung.

Berlin W 30, den 2. August 1921.  
 Ansbacher Straße 42/43.  
 Nach kurzem, aber schwerem Leiden, ist unser  
 Kollege  
**Erich Scheibig**  
 Oberstadtssekretär in Berlin-Charlottenburg,  
 Vorsitzender des Verbandes der Kommunal-  
 beamten und -angestellten Preussens a. V.,  
 und des Reichsbundes der Kommunal-  
 beamten Deutschlands,  
 Mitglied des vorl. Reichswirtschaftsrats  
 in der Nacht zum 1. August d. Js. in Barmen, wo  
 er anlässlich des 22. ordentlichen Verbandstages des  
 preussischen Verbandes weilte, an den Folgen einer  
 Blutvergiftung, im Alter von 36 Jahren, verstorben.  
 Ein schwerer Verlust hat die deutsche und ins-  
 besondere die preussische organisierte Kommunal-  
 beamten und -angestelltenenschaft getroffen. Auf  
 tiefste erschüttert, steht sie vor der unfaßbaren  
 Nachricht von dem plötzlichen Hinscheiden ihres glänzend  
 bewährten und verehrten Führers, den ein tragisches  
 Geschick ihr während der Tagung des Verbandes  
 entrückte.  
 Ein arbeits-, aber auch erfolgreiches Leben, hat der  
 Tod hier jäh abgeschlossen; ein Leben, dessen hoch-  
 stieliges und verantwortungsvolles Wirken und  
 Streben, früh und spät, nicht Mühen und Bördien  
 scheuend, unter selbstloser Hintansetzung des  
 eigenen Ichs in jeder Beziehung, aufrecht und un-  
 entwogen, dem Wohl und Wehe der Berufsgenossen  
 gewidmet war.  
 Ein Mann mit hohen Föhreigenschaften und  
 reichen Geistesgaben, von vorbildlicher Treue, hohem  
 Adel des Charakters und tiefstem Gemüt und Seelen-  
 leben ist uns entrissen worden.  
 Sein Wirken und sein Wesen wird unsorer Er-  
 innerung unaussprechlich sein, sein Geist stets unter  
 uns sein.  
 Der Vorstand des Reichsbundes der Kommunalbeamten  
 und -angestellten Preussens a. V. und -angestellten Preussens a. V.  
 Gutschmidt  
 stellvert. Vorsitzender.  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. August,  
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Alten  
 Luisen - Friedhofs in Charlottenburg, Bahnhof  
 Westend, Haeselerstraße, aus statt.

**Münzen :: Briefmarken**  
 kauft Großmann, Johannisstr. 4.  
 Zugang u. a. Reichsbank. (Nr. 108) Baden 100 21

**Bandwurm mit Kopf**  
 Spulen, Madenwürmer  
 befreit leicht und schnell  
 das unheilvolle Medicin-  
 Bandwurmmitel, 30 Jhr.  
 Erfolg. Nur 50. 10.-,  
 f. Kinder 2.50 (Wieder-  
 angabe). Sch. u. wirksam  
 nur mit Marke „Medico“.  
 Wo nicht erhältlich, durch  
 Otto Reichel, Berlin 48,  
 SO, Eisenbahnstr. 4.

**Sahnen - Schokolade**  
 Feinbitter,  
 Vollmilch, Mokka,  
 Trüffel, Marzipan,  
 Creme zu billigsten  
 Preisen  
**SCHNEIDER**  
 Rodenbergstraße 27

**Heilanstalt**  
 für Herz, Lungen, Magen,  
 Nerven, Nieren und Unter-  
 leibsleiden, speziell für  
**Röntgen-  
 Durchleuchtung,** wodurch viele  
 erkannte werden. Rechtzeitiges Erkennen des Leidens  
 bringt schnellere Heilung und schützt oft vor  
 späterem Siechtum.  
**C. Weißert** Berlin, Brunnenstr. 191  
 nahe Rosenthaler Platz

**Homöopath.**  
 seit 1900. Erfolgreich  
 allfremde Kuren ohne  
 Einprägungen.  
 Ein-Hohes  
 Kries (Hohes) 25  
 Oberseefer 41 (Hohes).  
 Busk. u. Brück. 80 Uf.

**Gänsefedern**  
 billigerste, auch  
 ungerissen, aus  
 erster Hand.  
**Paul Pangelow**  
 Wriezener 15 Odebr.

Jedem, der das Unglück hatte,  
**geschlechtskrank**  
 zu werden, ist vor allem an einer schnellen und diskreten Heilung  
 sehr gelegen. Verlangen Sie sofort ohne jede Verpflichtung  
 gegen Einreichung von M. 2.- für Porto und Kosten  
 ausführliche Prospekt über Heilung von **Herz- und Nierenleiden**  
 heider Geschlechter in frühen und ganz späteren Stadien, von  
 Saphilis, ohne Beuschierung, ohne Einprägung, ohne Sal-  
 zuren und Quecksilber, von **Mannschwäche** (Schwäche bei  
 allen Altersstufen), von **Weselfluß**, **Falschmann** in verschiedenen  
 Doppelstufen, ohne jeden Schmerz. Auf Wunsch unter Ein-  
 schreiben, Leiden genau angeben, damit richtige Prospekt ge-  
 sendet wird.  
**Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H.**  
**Sommerfeld M. 6 (Bez. Frankfurt, Oder)**  
 Unter Hauptbahnhof

**Händler**  
 Seife, Lichte, Schuh-  
 crem, Streichhölzer  
 jetzt konkurrenzlos billig!  
**Nur gut. Qualitätsware**  
**Diets,**  
 Al. Frankfurter Str. 13

**Ein Buch für Eltern und Lehrer!**  
**Schulkasernen oder Gemeinschaftsschule**  
 Von Adolf Jensen und Wilhelm Lamszus  
 (Zweite Auflage von „Die Fackel in Rot“). Ein neuer Weg zur literarischen Genesung unseres Volkes)  
 Das Buch zeigt das Bild der neuen Schule gegen die alte. Es lenkt den Blick auf  
 eine Schule der Schöpfungsfrucht und stellt damit für die Mitbestimmung der Eltern  
 in allen Fragen der Schulgestaltung ein Ziel auf. Die Schule soll die frohe Lebens-  
 stätte der Jugend sein, sie wird aus dem geistigen Strahlen der Kinder, Eltern und  
 Lehrer hervordringen, und das Buch will ein Stück dieses Weges bahnen helfen  
 und ist Eltern und Lehrern in ihrem Willen ein Führer  
**Preis 10.- Mark**  
 Gebunden 15.- Mark  
 Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in allen „Freiheit“-Erschließungen oder direkt von der  
**Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.**  
 Berlin 62 Abt. Buchhandlung Breite Straße 8-9

**Gold - Silber - Platin**  
 Sachen und Bruch  
 Quecksilber, Goldstaub  
 kaufen zu hohem Kurs  
**Ratzlaff & Zimmer,**  
 Linienstraße 93

**Banderkarten**  
 für alle Gelegenheiten  
 erhält man in der  
 Buchhandlung „Freiheit“  
 Berlin 6 / Breite Straße 8-9

**Geschäftsführer**  
 3. St. im Varietèbetriebe  
 billigerster, fern in allen kaufmännischen Fragen, wahr-  
 meißbar, vorzügliche Erfolge auf dem Gebiet der Schriftführer-  
 und mündlichen Akquisition, langjährige, rechenmäßige  
 Kenntnisse sucht sich zu verändern. Angebote an die  
 Hauptexpedition der „Freiheit“ unter M. 56.

**Botenfrauen sofort gesucht!**  
 Expedition Werner  
 Greifswalder Straße 29  
 Expedition Lehmann  
 Sussiten - Straße 43  
 Meldung: 10-12 und 3-6 Uhr  
 Expedition W u h i  
 Choriner Straße 68  
 Expedition Wengels  
 Cadiner Straße 11  
 Expedition Krüger  
 Neuhölln, Emser Straße 32  
 Meldung: 10-12 und 3-6 Uhr  
 Expedition Spickermann  
 Pankow, Mühlenstraße 20  
 Expedition Jordan  
 Dresdener Straße 24  
 „Freiheit“-Ausgabestelle  
 Steinmeyerstraße 23  
 „Freiheit“-Ausgabestelle  
 Charlbg., Wallstraße 90,  
 Seitenflügel part.

Genossen, werbt für unser Blatt!

Groß-Berlin

Kennpferdchens Ende

Im Inzeratenteil des „Mühlheimer General-Anzeigers“ lesen wir als Anzeige eines Kofschlächters:

Ja Pferdefleisch, u. a. das stolze Kennpferd Maße, welches am letzten Renntage verunglückte und abgeschlachtet werden mußte, das Pfund ohne Knochen 7 Mark.

Der biedere Kofschlächter denkt natürlich, daß die Proletarier, die infolge der Wucherpreise in den Schlächterläden, bei ihm kaufen müssen, den also angepriesenen Lederbissen werden zu würdigen wissen. Oder hofft er, daß die Weisheute auch von den Mägen der Wetter Besitz ergriffen hat, also, daß sie Polonaise bilden, um einen Happen des stolzen Kennpferdes, das Pfund ohne Knochen 7 Mark, zu erwischen?

Dem hungernden Proletarier ist es jedenfalls ganz egal, ob sein Kindfleischergesetz von einem Droschkengaul oder einem stolzen Kennpferde stammt.

Kein Ersatz für verlorene Brotkarten mehr

Der Magistrat, Abteilung für Brotversorgung, teilt mit: Von Montag, den 15. August 1921, ab findet eine Ersatzleistung für abhandengekommene Brotkarten, Milchkarten und Lebensmittelkarten nicht mehr statt, da die mit Brot, Mehl und Milch zu versorgenden Gelegenheiten haben, sich im freien Handel Ersatz zu beschaffen.

Personen, die Ersatz für abhandengekommene Brot- und Milchkarten beantragen, werden abgewiesen, auch wird ihnen eine Verlustanzeige nicht mehr ausgestellt. Die Stelle 4a unserer Abteilung stellt ihre Tätigkeit vom 16. August 1921 ab ein. Vom 15. August 1921 ab kommt daher nur noch ein Ersatz von Zuckerkarten in Frage. Hierzu ist die vorgeschriebene Verlustanzeige auszugeben und entsprechend auszufüllen. Die Entscheidung über einen etwaigen Ersatz trifft für die Zuckerkarten die Zuckerverorgungsstelle, Kommandantenstraße 80-81. Die Verlustträger haben sich mit ihren Verlustanzeigen dorthin zu wenden. Die Brotkommissionen dürfen einen Ersatz nicht vornehmen.

Diese Maßnahme, die natürlich die minderbemittelten Schichten am schwersten trifft, ist die erste Folge des „legenreichen“ freien Handels. So richtig es ist, daß die Zwangswirtschaft nicht mehr bestehen konnte, weil sich die eigenen Gesetzen folgende wirtschaftliche Entwicklung nicht nach bürokratischen Zwangsbestimmungen richtet, so sehr trifft doch die Aufhebung der rationierten Lebensmittellieferung zuerst und am tiefsten das Proletariat. Aufhebung der Zwangswirtschaft bedeutet in allen Zweigen Ausgleich der Produkte an den Weltmarktpreis; das geschieht auch mit Brot und Milch. Während nun außer Mehl und Kohlen alle Lebensbedürfnisse nach Weltmarktpreisen bezahlt werden müssen, gibt es nicht eine Arbeiterkategorie, die nach demselben Maßstab entlohnt würde.

Der Zwiespalt zwischen den Preisen für Lebensmittel und den nicht ausgeglichenen Löhnen der Arbeiterschaft ist die Quelle des gegenwärtigen und auch im Winter bevorstehenden Elends. Um diesen Punkt werden sich die Kämpfe der Arbeiterschaft handeln müssen.

Weitere Freigabe von Koks

Das Kohlenamt teilt mit: Vom 4. August 1921 dürfen durch erneute Freigabe vom heutigen Tage auf Kohlenbezugscheine für Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen insgesamt abgegeben und entnommen werden:

- 1. für Geschäftsräume der Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Kirchenbehörden usw. 80 v. H.,
2. für öffentliche und private Schulen, für Krankenhäuser usw. 80 v. H.,
3. für Kirchen, Kapellen und Synagogen 50 v. H.,
4. für Privatverbraucher 80 v. H.

Die genauen Angaben sind aus der am Donnerstag, den 4. d. M., durch Säulenanschlag erfolgenden Veröffentlichung der betreffenden Bekanntmachung zu entnehmen.

Das Darniederliegen der Industrie, insbesondere der Montanindustrie, die der Hauptverbraucher der Schmelzblech-Produktion ist, hat zur Folge gehabt, daß in letzter Zeit verhältnismäßig reichliche Mengen gerade dieses Brennstoffes für Hausbrandzwecke nach Berlin verladen wurden. Dieser besondere Umstand, der leider für die Brickettverlorgung ganz ausscheidet, macht es dem Kohlenamt Berlin möglich, eine weitere Freigabe der Bezugscheinmengen jetzt zuzulassen. In Anbetracht dessen, daß die Mieter die Brennstoffkosten zum überwiegenden Teil selbst aufzubringen haben, erfolgt die Freigabe jedoch nur insoweit, als sowohl Vermieter wie Mieter mit dem Bezuge einverstanden sind. Es erscheint aber geboten, von dieser Freigabe einen möglichst umfangreichen Gebrauch zu machen, schon im Hinblick darauf, daß die bevorstehende Erhöhung der Kohlensteuer eine weitere Preissteigerung befürchten läßt.

Gemeindevertreterkonferenz in Berlin

Sonntag, 21. August, vorm. 9 Uhr, findet in Berlin, Stadtverordnetenversammlung, Rathaus, Eingang Königsstraße, eine Konferenz aller USR-Gemeindevertreter, Stadtverordneten, Kreisratstagabgeordneten und aller sonstigen in den Gemeinden besoldet oder ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen statt. Außer der Stadtgemeinde Berlin sind alle Ortsgruppen der Provinz Brandenburg und der Grenzmark berechtigt, mindestens einen Vertreter zu entsenden. Mandatsausweise müssen dabei von den Provinzialsekretären sowie dem Berliner Bureau angefordert werden. Ohne diese Legitimation kein Zutritt.

Die Tagesordnung lautet:

- 1. Finanz- und Steuerpolitik in den Gemeinden. Referent: Genosse Stadtrat Hermann Radtke-Neutöhl.
2. Die rechtliche Stellung der Gemeinden zum Kreis, Provinz und Staat und die neue Stadt- und Landgemeindeordnung. Referent: Genosse Bürgermeister Karl Leid-Berlin.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

500 000 Kubikmeter Wasserverbrauch täglich

Obwohl die Bauaktivität in Berlin sehr gering ist, die Parkverwaltung nur in ganz geringem Umfange in den Anlagen Wasser zum Sprengen benutzte, die Alleebäume nicht mehr getränkt werden, sämtliche Springbrunnen kein Wasser mehr führen, die Straßenreinigung fast vollständig eingestellt ist und der Wasserverbrauch infolge des hohen Wasserpreises von 90 Pf. pro Kubikmeter auch in den Gärten, Laubkolonien, in der Industrie und in zahlreichen Wohnhäusern sehr eingeschränkt ist, auch große ausgeübte Brände mit ihrem enormen Wasserverbrauch in Berlin selten sind, ist der Wasserverbrauch in Berlin bisher außerordentlich groß gewesen. Die städtischen Berliner Wasserwerke, die Charlottenburger, sowie die übrigen in Niederschönhausen, Lichterberg, Hermsdorf, Rosenthal, Spandau u. a. Groß-Berliner Wasserwerke haben in diesem Jahre an mehreren Tagen rund 600 000 Kubikmeter Wasser gefördert, und an vielen Tagen durchschnittlich 500 000 Kubikmeter und sogar darüber. Bisher ist es gelungen, die Wasserhaltung nicht einzuschränken, obwohl die Wasserstände in den Brunnen schon erheblich gesunken sind und der Grundwasserstand um Berlin herum täglich abnimmt. Der Wasserstand der märkischen Flüsse, Seen, Teiche usw. nimmt dauernd ab. Die Schiffahrt wird täglich schwieriger. In zahlreichen größeren Seen der Mark kommen jetzt kleine Inseln und Untiefen zutage, die sonst unlichtbar waren. In den meisten Dorfgauen, wo Dorfteiche vorhanden sind, bestehen diese nur noch aus Schlamm und Schlamm, oder sie liegen ganz trocken. Eine Menge Quellen, die sonst reichlich Wasser spendeten, sind mit vielen Brunnen dem Versiegen nahe.

Aufklärung dringend erbeten!

Zu unserer Notiz in der gestrigen Morgenausgabe der „Freiheit“ schreibt uns der Betriebsrat des Charlottenburger Elektrizitätswerkes folgendes:

In der heutigen Morgenausgabe der „Freiheit“ ist unter der Spitzmarke „Aufklärung dringend erbeten“ ein Artikel erschienen, in welchem festgestellt wird, daß für das Elektrizitätswerk Charlottenburg bestimmte Bricketts an Beamte des Osthafens ohne Kohlenarten verteilt worden sind. Hierzu bemerken wir folgendes:

In den Elektrizitätswerken Groß-Berlins müssen bei dem Kohlenmangel, insbesondere der Steinkohlen, Bricketts verfeuert werden. Die Kessel sind aber meist nur auf Steinkohlenfeuerung eingerichtet, so daß, um Dampf zu halten, nur ein bestimmtes Quantum Braunkohle unter die Steinkohle gemischt werden darf. Ein besonderer Mißstand bei den Bricketts besteht auch darin, daß dieselben bei der Lagerung außerordentlich leicht brennen und

dann nicht mehr den vollen Heizwert besitzen. Es wäre deshalb vorzuziehen, wenn den Elektrizitätswerken mehr Steinkohle zugewiesen werden könnte.

In dem geschilderten Falle sind dem Elektrizitätswerk Charlottenburg 75 Tonnen Bricketts vom Spandauer geliefert worden, welche von der Verwaltung aber aus Sparmaßregeln abgelehnt wurden, da diese 75 Tonnen keine Kahnladung ausmachten und die Fracht daher zu hoch würde. Sie stellte dieselben dem Syndikat wieder zur Verfügung, welches nach anfänglichem Sträuben diese zurücknahm. Aus Versehen traf nun aber ein Waggon mit 20 Tonnen von der Lieferung ein, und der kommissarische Leiter des Osthafens bewarb sich beim Kohlenkommissar darum, um diese für den Osthafen zu bekommen. Die Mitteilung, welche die Angehörigen des Osthafens der „Freiheit“ haben zugehen lassen, besagt ja, wie diese nun verteilt worden sind. Es ist Sache der Leitung des Osthafens, sich darüber zu äußern.

Lehmbau oder Ziegelbau

Eine vielumstrittene Frage seit Eintreten der Baustoffknappheit während und nach dem Kriege ist die Verwendung von Lehm zum Wohnhausbau. Zweifellos hat die Verwendung von Lehm zu Bauten an solchen Stellen, bei denen Lehm in der Nähe des Baues vorhanden ist, viel für sich. Auch die Erfahrungen, die in der kurzen Zeit der Verwendung dieses Ersatzbaustoffes zum Kleinhausbau gemacht worden sind, sind nicht ungünstig, obwohl Baualtnerhandige immer wieder vor der Verwendung dieses alten Baustoffes gewarnt haben.

Unter großer Beteiligung der Bevölkerung fand in Sorau, wie von dort berichtet wird, eine öffentliche Versammlung statt, in der die Frage „Lehm- oder Ziegelbau“ lebhaft erörtert wurde. Selbst in Sorau, wo unter der Leitung des Stadtbaurats J a u t Lehmbauten für Kleinfamilien in größerem Umfange errichtet wurden, fanden sich zahlreiche Gegner des Lehmhauses. Baurat J a u t, der dem Lehmbau verteidigte, mußte zugeben, daß dieser dem Ziegelbau in keiner Weise ebenbürtig sei. Die kleinen Ersparnisse, die bei Verwendung von Lehm als Baustoff gegenüber dem Ziegelbau gemacht werden können, werden durch die Sicherungsaufwendungen zur Erhaltung von Lehmbauten bald verschlungen. Es wurde allgemein verurteilt, daß von der Regierung auch heute noch, wo Ziegelsteine wieder zu haben sind, Zuschüsse für Lehmbauten zur Verfügung gestellt werden; dies stelle eine Verschwendung des Volkvermögens dar. Schließlich wurde ein Schiedsgericht von vier unparteiischen Fachleuten eingesetzt, welches die Frage „Lehm- oder Ziegelbau“ genau untersuchen soll. Man wird auf das Ergebnis dieser Untersuchungen gespannt sein dürfen.

Kampf um die weltliche Schule

Schulstreik in Spandau geplant.

Durch Verfügung der Regierung zu Potsdam vom 14. Juli 1921 ist die Schuldeputation in Spandau angewiesen worden, die Einrichtung einer weltlichen Schule in Spandau bis nach Beratung des Reichsschulgesetzes zu verschieben. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die zur Ausführung des Planes erforderliche Umgruppierung der Schüler, der Wechsel der Lehrpersonen und der Schulräume und die Verlegung der Schulwege innerhalb des Schuljahres eine schwere Erschütterung des Schulwesens bedeute, wozu um so weniger Anlaß vorliege, als eine endgültige Regelung des Schulwesens in absehbarer Zeit bevorstehe. Um Gewissensbedenken der Eltern Rechnung zu tragen, verweist die Regierung auf die Möglichkeit der Befreiung der Schulkinder vom Religionsunterricht. Die Verschiebung des Termins für die Einrichtung der weltlichen Schule hindert natürlich nicht, daß die Vorarbeiten fortgesetzt werden. Hierbei hat die Regierung jedoch ausdrücklich zur Bedingung gemacht, daß das in Aussicht zu nehmende Schulgebäude so ausgewählt wird, daß bei den etwaigen Umstellungen besondere Härten für die übrigen Kinder (Schulweg usw.) vermieden werden.

Die Freie Schulgenossenschaft in Spandau ist nicht gewillt die Vertagung auf den St.immerleinstag ruhig hinzunehmen. Am 11. August soll im alten Schützenhaus eine Versammlung abgehalten werden, die den allgemeinen Schulstreik beschließen soll. Die Freie Schulgenossenschaft stützt sich bei ihrem Vorhaben auf die ungeduldige Behandlung durch die Aufsichtsinstanzen. Sie verweist darauf, daß im Gegensatz zu dem Potsdamer Erlaß der Minister Beder erst am 3. Juni an die Kölner Behörde einen Erlaß ergangen sei, wonach diese beauftragt wurde, Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen in besondere Klassen und Systeme zusammenzufassen. Soll der Konflikt in Spandau vermeiden werden, muß der Minister auch den Spandauer Bemühern gestatten, nach seinem Kölner Erlaß zu handeln.

Selsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Kußt

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Helene lief nach ihrem Sonnenschirm — sie hatte jetzt auch einen roten wie die Thomans — und schritt stolz voraus, bekomplimentiert von dem Kandidaten, der neben ihrer roten Fräule noch viel schwärzer und länger aussah. Peter rief: „Also morgen!“ wie wenn er Herrn Kiesler schon seit Ewigkeiten kenne, und rannte pfeifend die Treppe hinauf.

Droben schaute er seiner Schwester nach, die in ihrem mit Volants und Spigen besetzten Rosafleisch neben der schwarzen Linie des Kandidaten noch lange sichtbar war. Peter schmunzelte in sich hinein: wie der Kandidat hin und her sprang! Wie ein Böcklein hüpfte er, und sicher stand ihm der Schweiß auf der Stirne! Er hatte den Hut abgenommen — sollte er sich noch mehr Sommersprossen erwerben wollen? — Peter erriet nicht den Grund des Hin- und Herhüpfens des Kandidaten; Peter hatte nicht das Gesehene, was der Kandidat gesehen — die entzündenden Goldstiefelchen und die durchbrochenen Strümpfe! Was in des Kandidaten Macht stand, diese Fräulein bei dem seuchenden Wege zu schühen, das tat er. Den Hals vorgestreckt, spähte er nach trockenen Stellen und rief unermüdet: „Links bitte, rechts bitte! jetzt wieder links!“ während doch die junge Dame mit fabelhaftem Gleichmut ihre glänzenden Schuhe der Feuchtigkeit preisgab.

Helene lächelte ihn etwas entrückt und zerstreut an, bei der Waldecke gab sie ihm die Hand, unbehandschuht! — Oh, daß er in Zwirnhandschuhe geißelt war! — und rief: „Auf Wiedersehen!“ nicht noch einmal — und — dahin war die Fee. Peter sah von oben Helene hinter dem Föhrenwäldchen abbiegen.

„Wo geht sie hin?“ fragte sich Peter. „Was hat sie jetzt immer spazieren zu gehen? Sie geht ja nach dem Weiber!“ Er sah sie von nun ab sehr oft über die Wiesen gehen, mit dem Kandidaten, sehr oft auch allein und gegen Abend. Bei den Mahlgängen erschien sie immer pünktlich, und sonst kümmerte sich niemand um ihr Tun und Treiben.

Alwine hatte jetzt eine wahre Wut, in Küche und Keller herumzuwirtschaften; man sah sie nie anders als in einer derben Leinwandhülle, so recht das Gegenstück zu ihrer eleganten Schwester.

„Hier die werdende Dame, ich die werdende Frau,“ witzelte Alwine.

„Ach, Isokettiere doch nicht so mit deiner Wirtschaftlichkeit!“ sagte hochmütig Helene, „der Gähbauer,“ den du fangen willst, ist dir sicher.“

Alwine kam gar nicht in Aufregung: „Ja, vielleicht sicherer als dir dein Lord!“

Die ging zum Weiber hin, um den Thomann zu treffen! Wer der „Gähbauer“ war, der für Alwine in Betracht kam, interessierte Peter gar nicht.

Peter beobachtete nun. Einmal ging er sogar mit, als Helene sich dem Kandidaten wieder anschloß; doch kehrte sie nach ein paar Schritten wieder um, angeblich weil sie etwas vergessen hatte.

Peter wartete mit Herrn Kiesler einige Zeit, dann schlenderten sie voraus — wie eben der Herr Kandidat schlendern konnte.

Während dieser Zeit war Herr Kiesler äußerst zerstreut und äußerst lustig zugleich. Er lachte alle Augenblicke kurz und stoßweise auf, sah grell; aber das Lachen hatte nichts von dem bösrartigen Ton des Lehrers von Breitenberg.

Er sah sich alle Augenblicke um, aber Helene kam nicht, und Peter begleitete seinen Lehrer bis nach Haseberg, wo er nicht ohne Gewissensbisse, unter heuchlerischem Wichtigton etwas holen zu müssen vorgab. Täuschte er sich, oder sah der Kandidat wirklich so verzerrt aus? Und zerstreut war er! Zum Abschied sagte er gar: „Adieu Götting!“ und Peter mußte sich schnell drücken, um nicht in Lachen auszubrechen.

Es ging im großen und ganzen vortrefflich mit dem Kandidaten. Das heißt Peter war zufrieden mit ihm. Er war nicht groß, er war nicht grausam, aber er wußte viel zu viel, er fragte viel zu viel, er verstand viel zu viel in Peter hineinzupressen. Alle Augenblicke flogen keine Brauen zu den Haaren empor, und er schrie auf: „Was, das wissen Sie nicht, Peter? Davon haben Sie noch nie gehört? Das hat man Ihnen nicht gesagt? Ja, erklären Sie mir doch, was haben Sie überhaupt gelernt?“

Oder er tat einen seiner Seitenhüpfen mitten unter der Stunde, wenn Peter, ganz im Stille seines früheren Präzeptors, etwas daherkleinerte, verhielt sich die Ohren und wimmerte: „Hören Sie auf! Hören Sie auf!“

Dann nahte er wieder leise, hielt die lange Sommersprossige Hand, — sie war übrigens stets tabellos rein und sehr wohlgepflegt — vor Mund und Nase und hauchte: „Unter uns gesagt, Sie sind schrecklich ungebildet, Peter, Sie

\*) Gähbauer = Gähbauer, Bauer aus der Rheiniederung.

wissen rein gar nichts!“ Da seine Zähne ebenfalls wohlgepflegt waren, wirkte das „Hauchen“ nicht unangenehm. Fatal war, daß er es durchschlehte, daß Peter fast jeden Tag Unterricht bekam. Das hätte Peter den Herrn Kandidaten beinahe verleidet. Doch gab es ein sehr gutes Mittel, nicht so ununterbrochen hüffeln zu müssen: Peter spielte den Wäden, ließ das Buch sinken und begann nach einer kleinen Pause mit der Schlaueit Halbwichsiger von Helene zu sprechen. Da war der Kandidat geliefert.

Seit er nicht mehr in dem langen allzulangen Bratentod erschien, sondern im einfachen Anzug, trat er Peter menschlich näher. Er brachte ihm, nachdem er sich an die Erscheinung des langen röllischen Menschen gewöhnt hatte, keinerlei Mißtrauen entgegen; nur die Sandalen betrachtete er lange Zeit mit Mißbedagen. Doch da er Vertrauen zur Keinslichkeit des Kandidaten hatte, ging auch das vorüber. Der Schauspieler der Stunden-Wera Kiesler war jetzt in Peters Zimmer verlegt, was für alle Teile gemüthlicher war, und wo der Kandidat sich viel freier entsalten konnte, als in dem vergoldeten Salon.

Eines befremdete ihn — er hatte bis jetzt die Eltern seines Schülers nicht kennen gelernt und erlaubte sich deshalb eine Frage.

„Mutter ist noch immer etwas krank,“ sagte Peter, „und der Vater kümmert sich überhaupt gar nicht um mich.“

„Das muß ich tabeln, Peter,“ wies ihn mit Würde sein Präzeptor zurück, „in diesem Falle handelt es sich nicht um Sie, sondern um mich.“

Das hätte er sich eigentlich denken können, daß der Kandidat so antwortete. Es war ja immer das gleiche! Sobald Peter auf seine eigenen Angelegenheiten kam, schwenkte er sofort ab und machte ein Gesicht, als sei es ihm durchaus unbegreiflich, daß ihm Peter damit käme.

Einmal hatte der Junge versucht, ihm von dem Hund zu erzählen, den er so gern gehäht; aber der Kandidat verstand ihn gar nicht und sagte abwehrend: „Ich mache mir nichts aus Hunden, ich mag sie nicht.“

Damit war es für Peter aus, und er machte keinen Versuch mehr, dem andern mit seinen eigenen Angelegenheiten zu kommen. Doch machte ihn dies verdrossen und unzufrieden zur Arbeit. Er war viel öfter müde in den Stunden als früher und mochte nichts mehr vorbereiten, wozu denn? Der Lehrer kümmerte sich ja auch sonst nicht um ihn! Er sah gar nicht ein, warum er fortwährend arbeiten und in einem Monat nachholen sollte, was der andere in einem Jahr verfaßt hätte! (Fortsetzung folgt.)

